

Kommunal- wahlprogramm

der Freien Demokraten
Rheinland-Pfalz

Freie
Demokraten

Landesverband
Rheinland-Pfalz **FDP**

Inhaltsverzeichnis

WARUM FREIE DEMOKRATEN VOR ORT ENTSCHEIDEND SIND 4

Wir gestalten verantwortungsvoll	6
Wir wollen gestalten!	8

VORANKOMMEN DURCH EIGENE LEISTUNG 10

Der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft	11
Flächenentwicklung ist Wirtschaftsförderung	12
Gemeinsam stark	13
Klarer Kurs für Unternehmen: Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung	13
Vernetzte Wirtschaft	13
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	14
Vielfältige Mobilität stärken	14
Mobilitätshubs sind die Bahnhöfe der Zukunft	16
Faire Finanzierung für bessere Straßen	17
Liberaler Agrar- und Weinpolitik: innovativ, praxisnah und wirtschaftlich	18
Ernährungssicherheit als neue Priorität	18
Ernährungsbildung beginnt vor Ort auf dem Acker	19
Ausbau Landwirtschaft 4.0	19

Unterstützung für die Weidetierhaltung: Aktives Wolfsmanagement einführen	20
Gemeinsam für nachhaltige Wälder	20
Innovativer Wohnraum für alle: Flexibel, nachhaltig und attraktiv gestalten	21
Schneller und einfacher bauen: Für eine effiziente Entbürokratisierung der Bauvorschriften	21
Kreative Umnutzung: Neues Leben in alten Gemäuern	22
Quartiere gestalten	22
Denkmalschutz	22
„Innenstädte der Zukunft“ – Dorf- und Stadtzentren weiterentwickeln	23
Tourismus und Gastronomie bereichern	23

CHANCENGLEICHHEIT DURCH ZUKUNFTSORIENTIERTE BILDUNGSPOLITIK 26

Für weltbeste Schulen: Modern ausgestattet für optimales Lernen	27
Mental-Health-Offensive	29
Frühkindliche Bildung ist unser Herzenseanliegen	29
Musik beflügelt Entwicklung	30
Gemeinsam stark für Bildung und Integration	30

Gemeinsam fit durch Zusammenarbeit von Kitas, Schulen und Vereinen	31
Freiheit für kreative Entwicklung und Gemeinschaft	31
Digitale Plattform für Berufsorientierung und Praktika	31
Partnerschaft zwischen Schule und Wirtschaft	32
Deutschland-Ticket für Bildung und Kultur	32
Effektive Jugendarbeit	32
Lebenslanges Lernen	32
Keine Zweitwohnsitzsteuer für Menschen in Ausbildung	33

POLITIK, DIE RECHNEN KANN 34

Gemeinsam für eine lebendige und wirtschaftlich stabile Zukunft	35
Für die Zukunft gerüstet durch Zusammenarbeit	35
Ressourcenschonendes Arbeiten: Strukturen schaffen	36
Erhalt statt Neubau von öffentlichen Gebäuden	36
Keine höheren Steuerbelastungen für Mieter und Eigentümer	36

MIGRATION STEUERN, INTEGRATION ERMÖGLICHEN 38

Eindeutige Lösungen, Kommunen entlasten	39
Integration durch gemeinsame Sprache	40

Einbürgerung als Fest der Verantwortung und des Miteinanders	40
Modernisierung der Ausländerbehörden	40
Welcome Center für Integration und Unterstützung	41

DIGITALISIERUNG DER KOMMUNEN: DIGITALE, MODERNE VERWALTUNG 42

Bürgernahe Verwaltung: Schlank, stark und effizient	43
Kommunen konsequent digitalisieren	44
Digitalisierungsstrategie für jede Kommune	45
Klare Wege, klare Antworten: Einfache kommunale Verwaltung	45

Verständliche Verwaltungssprache: Einfach, klar und diskriminierungsfrei	46
Entschädigung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern	46
Chancengleichheit in den Kommunalverwaltungen	46
Familie und Beruf im Einklang	47

GELUNGENES GESELLSCHAFTLICHES ZUSAMMENLEBEN 48

Sicherheit stärken, Präsenz zeigen	49
Starke Feuerwehren für unsere Gemeinden	50
Sport vereint, bewegt und integriert	50

Pflegeelternschaft:	Neue Sportarten anerkennen und unterstützen	62
Gemeinsam Gutes bewirken		50
Gemeinsam feiern, Gemeinschaft stärken, Begegnungsfeste für ein lebendiges Miteinander	Gemeinsam gegen Gewalt: Schutzräume schaffen	62
Europäische Partnerschaften leben, Austauschprogramme stärken	Lokale Versorgung stärken, Wege verkürzen, Leben bereichern	63
Die Kommune voranbringen – Europas Chancen nutzen		52
Kultur in Kommunen stärken		53
Clubkultur beleben, Freiraum schaffen		54
Geschichte lebendig gestalten – Erinnerungskultur leben		54
Kommune und Kirche		54
Sicherheit im öffentlichen Raum		55
Graffiti im Blick: Gemeinsam für legale Kunst		56
SELBSTBESTIMMT IN ALLEN LEBENSLAGEN	VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT: LIBERALE KLIMA-, ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK	64
		58
Unbürokratische Teilhabe für alle	Klimaanpassung in Aktion	65
Selbstbestimmt bis ins hohe Alter	Hochwasserschutz für morgen: Nachhaltigkeit und Vorsorge im Fokus	66
Sichere Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum	Gemeinsam die Ressourcen von morgen schonen	66
Gemeindeschwestern für jede Kommune	Kommunale Wärmeplanung ist vielfältige Wärme und lokale Stärke	67
Gesundheit fördern durch natürliche Räume und soziale Begegnung	Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden	67
Schwimmbäder erhalten	Weitere Ausweisung von Flächen für Windräder	67
Natur, Sport und Tourismus gemeinsam verbinden	Nachhaltige Stadtentwicklung, gesunde Luft und klimafeste Städte	68
	Schnell und effizient gegen Müll	68
	Urban Gardening für mehr Lebensqualität und Umweltschutz	69

Warum Freie Demokraten vor Ort entscheidend sind



Gespürt haben wir es schon lange. Die Welt verändert sich rasant. Daraus erwachsen Chancen und Risiken. Wenn wir nichts ändern, tragen wir die Risiken, und die Chancen ergreifen andere. Trotzdem wurde zu lange das trügerische Bild vermittelt, dass alles bleiben könne, wie es ist – auch in vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz. Einige versprechen, dass alles so weitergehen kann, ohne dass wir etwas verändern müssen. Das klingt bequem, doch in Wahrheit wissen wir: Das ist falsch!

Die Kommunen stehen vor großen Aufgaben. Damit sie diese bewältigen können, wollen wir sie schlank und stark aufstellen. Wir trauen den Menschen zu, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Und wir kämpfen für solide Finanzen. Dass das notwendig ist, hat die Pandemie gezeigt. Während andere Staaten ihre Verwaltung digitalisiert haben, hat sich Deutschland an Formulare und Zettelwirtschaft geklammert. Während andere Staaten ihr Gesundheitssystem digitalisiert haben, haben sich unsere Gesundheitsämter gegenseitig Faxe geschickt. Hoch qualifizierte Beamtinnen und Beamte haben Listen abgetippt, statt mithilfe moderner digitaler Technologien effektiv Infektionsketten nachzuverfolgen. Während andere Staaten per SMS zu Impfungen einladen, hat Deutschland Impftermine per Brief vergeben. Statt schützende Masken schnell und pragmatisch an schutzbedürftige Menschen zu schicken, wurden aufwendig Bezugs-scheine gedruckt, per Post versendet und

gefährdete Menschen dazu genötigt, die Masken in belebten Innenstädten abzuholen. Deutschland hat sich in der Krise an die Basistechnologie Papier geklammert, als wären wir noch im 20. Jahrhundert. Schluss damit! Wir müssen unseren Staat umfassend modernisieren, damit wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

So darf es nicht bleiben.

Das hat der grausame Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gezeigt. Wir Freie Demokraten stehen geschlossen an der Seite der Ukraine. Die innenpolitischen Folgen um Energieunabhängigkeit herzustellen, führten zu massiv gestiegenen Kosten für Energie, die daraus entstandene Inflation und die blauäugige Migrationspolitik der Vergangenheit sorgen für enorme gesellschaftliche Spannungen. Diese sind der Nährboden für Populisten. So darf es nicht weitergehen. Veränderung ist nötig. Aber nicht jede Veränderung ist Fortschritt. Alte Irrwege finden immer mehr Zulauf. Rechte versuchen die Gesellschaft durch Merkmale wie Herkunft, Kultur, Religion, sexuelle Orientierung oder Hautfarbe zu spalten und gegeneinander in Stellung zu bringen. Linke versuchen die Menschen durch Merkmale wie Erfolg, Einkommen oder Vermögen zu spalten und gegeneinander in Stellung zu bringen. Beides sind Irrwege. Fortschritt geht nur nach vorne durch die Mitte. Das ist für uns die richtige Richtung.

Verantwortung übernehmen braucht Vertrauen.

Es waren Freie Demokraten, die in bundespolitischer Verantwortung die entscheidenden Weichen gestellt haben, um die Pandemie zu überwinden. Die eine allgemeine Impfpflicht verhindert und der Verlängerung von Freiheitseinschränkungen eine Absage erteilt haben, als sie nicht mehr nötig waren.

Es sind Freie Demokraten, die in Rheinland-Pfalz in Verantwortung Wirtschaftsansiedlung vorantreiben, technologieoffen! Es ist kein Zufall, dass das Unternehmen BioTech seinen Standort in Rheinland-Pfalz hat, denn hier sind Unternehmen willkommen. Ohne die schnelle Entwicklung des Impfstoffes wären wir noch länger im Strudel der Freiheitseinschränkungen gefangen gewesen. Doch für uns war immer klar, wer sich impfen lässt, soll das freiwillig tun. Und das haben sehr viele Menschen getan. Doch wer die Impfung aus tiefster innerer Überzeugung oder einfach aus Angst ablehnt, darf dazu nicht gezwungen werden.

WIR GESTALTEN VERANTWORTUNGSVOLL

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben, als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Das ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen. Die

Zinslasten von heute sind die Schulden von morgen. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Ordnung in den Haushalten hat für uns höchste Priorität. Denn das ist die Grundlage für eine verantwortungsvolle und generationengerechte Politik. Investive und konsumtive Ausgaben, die den Standort stärken, also beispielsweise in frühkindliche Bildung und moderne Infrastruktur, werden gefördert. Ausgaben ohne Potenzial für die Zukunft werden zurückgefahren. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien sind Steuererhöhungen für uns nicht das erste, sondern das letzte Mittel, um die Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu sichern. **Wir stehen für eine Politik, die rechnen kann!**

Wir Freie Demokraten wissen, unsere Kinder sind unsere Zukunft. Unser Bildungssystem nimmt zu vielen Kindern und Jugendlichen faire Aufstiegschancen. Wir wollen vor Ort in unseren Kommunen die Weichen für weltbeste Bildung stellen. Wir setzen auf Eigeninitiative und die Übernahme persönlicher Verantwortung. Für uns fängt der öffentliche Bildungsauftrag bereits in der KiTa an. Unsere Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Ihre Talente früh zu entdecken und zu fördern, sichert die Zukunft unseres sozialen Staates. Statt uns mit „sicher, sauber, satt“ zufrieden zu geben, wollen wir den Schwerpunkt unserer Kindertageseinrichtungen auf frühkindliche Bildung richten. Weltbeste Bildung fängt vor Ort bei den Kleinsten an. **Frühkindliche Bildung ist unsere Mission!**

Wir Freie Demokraten entscheiden nicht, wo die Menschen leben sollen, wen sie lieben sollen, wo und wann und ob sie Familie gründen wollen. Sozialer Zusammenhalt ist der Kitt, der unsere Gemeinschaften zusammenhält. Uns geht es um die Schaffung starker und sicherer Gemeinschaften, in denen die Menschen Zugehörigkeit und Sicherheit finden. Das lässt sich nicht staatlich verordnen. Doch wir tragen dazu bei, diese Bindungen in unserer Gesellschaft zu fördern und dafür zu sorgen, dass unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung sich jeder entfalten und seinen Platz in unserem dynamischen Staat finden kann. Uns ist es egal, aus welchem Elternhaus du kommst. **Uns ist es egal, wen du liebst. Für uns ist entscheidend, was du erreichen willst!**

Wir Freie Demokraten wissen, dass die Menschen mobil sein müssen und wollen, deshalb stellen wir die Weichen gleichermaßen für Stadt und Land. Unsere Verkehrspolitik hat alle Verkehrsteilnehmer im Blick. Wir investieren mit klugen Ideen in digitale und analoge Infrastruktur. In Rheinland-Pfalz gibt es über 150 Mitfahrerparkplätze, die wir zu Mobilitätshubs weiterentwickeln wollen. Sie sind ideale Umstiegsplätze zwischen Auto, Bus, Bahn und Fahrrad. Daten sind die Grundlage für Verbesserungen bei der Mobilität. Wir wollen sie nutzen. Visionen wie autonom fahrende Mikromobile müssen keine Zukunftsmusik bleiben. Digitale Konzepte wie Dorf-Apps können Mitfahrgelegenheiten für mehr Menschen zugänglich

machen. Für uns ist klar: **Mobilität ist Freiheit!**

Wir Freie Demokraten wissen, dass auch unsere Kinder und Enkel mobil sein wollen. Wir wissen, dass KI unseren Alltag verändern wird. Wir wissen, dass Entwicklungen bei Pflanzenzüchtung und medizinischem Fortschritt auf uns zukommen. Und wir sind überzeugt davon, dass Innovation die treibende Kraft des Fortschritts in der Welt von heute ist. Unser Engagement für die Förderung von Innovation ist tiefgreifend. Wir glauben an die Schaffung eines Umfelds, in dem Unternehmertum und technologischer Fortschritt blühen und unsere Kommunen und damit jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren können. Unsere Vision ist es, dass unsere Kommunen in Rheinland-Pfalz Zentren der Innovation sind, die Talente und Investitionen anziehen, die unseren Gemeinden und unserer Wirtschaft zugutekommen. Wir wissen nicht, wie der Einzelne seine Talente und seine Chancen ergreift, aber wir stellen frühzeitig die Weichen dafür, dass jeder und jede selbstbestimmt seine Möglichkeiten nutzen kann. Wir wissen nicht, welche Technologien sich in Zukunft am Markt durchsetzen werden, deshalb sind wir für alle Entwicklungen offen und fördern sie mit Neugierde. **Denn Nachhaltigkeit braucht Innovationen!**

Wie Freie Demokraten wissen, dass eine gerechte Migrationspolitik eine entscheidende Rolle spielt. Denn Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist unsozial. Für

uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache und Bildung. Wer nicht der deutschen Sprache mächtig ist, hat erheblich schlechtere Chancen im Berufsleben, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Wir kämpfen für Ordnung bei der Migrationspolitik und für die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates. Nur wer Anrecht auf Bleiberecht und Asyl hat, kann ein Zuhause hier finden. Wer kein Recht darauf hat, muss Deutschland verlassen. Dank Justizminister Herbert Mertin hat Rheinland-Pfalz bundesweit die kürzeste Verfahrensdauer bei den Verwaltungsgerichten. Das zeigt die Bedeutung von Freien Demokraten in Verantwortung im Land. Wir sind davon überzeugt, dass nur mit geordneter Migrationspolitik Akzeptanz wiederhergestellt werden kann, die das soziale Gefüge in Rheinland-Pfalz stärkt und Gemeinschaften schafft, in denen sich alle sicher und wohl fühlen und zu Hause sein können. **Wir wollen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen gewährleistet.**

Das unterscheidet und das zeigt: Freie Demokraten sind die notwendige Kraft in der Mitte unserer Gesellschaft, die wirksame Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der individuellen Freiheit vor

populistischen Freiheitseinschränkungen auch gegen starken öffentlichen Widerstand verteidigt. Es sind Freie Demokraten, die Chancen für starke Unternehmen schaffen, die Technologieoffenheit leben, statt nur darüber zu reden. Die Kommunen nehmen in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine einzigartige Stellung in Deutschland ein. Unser reiches kulturelles Erbe, unsere vielfältigen Landschaften und unser wirtschaftliches Potenzial machen sie zu einem wichtigen Akteur in der Entwicklung des gesamten Landes.

Wir sind bereit, Verantwortung zu tragen in dieser schwierigen Zeit und wir wollen gestalten. Wir setzen auf Wettbewerb, Unternehmertum und Innovation. Wir sind davon überzeugt, es geht, Wohlstand und Nachhaltigkeit, Wachstum und Klimapolitik, wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung zu verbinden, wenn man nicht auf Verbote und Dirigismus setzt.

WIR WOLLEN GESTALTEN!

Nie gab es mehr zu tun, um unserem Land die richtige Richtung zu geben. Daran wollen wir Freie Demokraten in jedem Ort, in jeder Stadt, in jedem Kommunalparlament mitwirken. Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind Treiber innovativer Ideen. Als Stimme des Fortschritts und der Freiheit wollen wir die Krisen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bewältigen und die Potenziale unserer Heimat entfesseln. Wir legen hier

unser Programm vor, das aus Überzeugung gemacht ist. Uns geht es nicht um Taktik, uns geht es nicht um Farbenspiele. Wir treten an, weil wir vor Ort gestalten möchten: Wir stellen uns zur Wahl, weil wir vom Erfolg eines seriösen Wegs, aus der Mitte heraus zu gestalten, überzeugt sind. Mit mehr individueller Freiheit und persönlicher Verantwortung, mit mehr sozialer Marktwirtschaft und umfassender Nachhaltigkeit. Und mit einem Staat, der stark ist, weil er schlank und modern agiert statt selbstzufrieden, altmodisch und träge.

Die gute Nachricht: Das Beste liegt noch vor uns. Nichts ist Schicksal. Wir haben es selbst in der Hand. Das ist unsere Mission: Nie gab es mehr zu tun! Wir wissen, vor uns liegen riesige Herausforderungen. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Weil wir unsere Heimat lieben, wollen wir sie gestalten.

Noch ein Satz ...

In diesem Jahr dürfen junge Menschen ab 16 an der Wahl zum europäischen Parlament teilnehmen. Bei der zeitgleich stattfindenden Kommunalwahl dürfen sie erst mit 18 wählen. CDU, Freie Wähler und AfD haben im Land die notwendige Änderung blockiert. Wir finden das falsch. Junge Menschen sollen ihre Stimme zur nächsten Kommunalwahl auch endlich mit 16 abgeben dürfen. Dafür kämpfen wir weiter.

Die FDP Rheinland-Pfalz legt zur Kommunalwahl 2024 dieses Kommunalwahl-

programm vor. Vor dem Hintergrund des verfassungsmäßig verbrieften Rechts auf kommunale Selbstverwaltung und im Bewusstsein der vielen lokalen Spezifitäten, Priorisierungen und Abwägungen kann und will dieses Kommunalwahlprogramm nur Handreichung und Kompass für unsere kommunalen Kandidaten und Kandidatinnen sein.

Dieses Programm lebt von der konkreten Umsetzung vor Ort. Mit diesem Programm stellen wir übergeordnet unsere kommunalpolitische Ideenwelt vor.

Selbstverständlich geht diesem Programm damit jedes vor Ort von einer unserer Gliederungen beschlossene Kommunalwahlprogramm vor.



Vorkommen durch eigene Leistung



Wir wollen, dass jede und jeder Pilot und nicht nur Passagier des eigenen Lebens sein kann. Neugierde, Innovationsfreude und lebenslanges Lernen sowie der Wille, durch eigene Leistung voranzukommen, ermöglichen Fortschritt.

Wohlstand muss zunächst erarbeitet werden, bevor er verteilt werden kann. Liberale Kommunalpolitik setzt vor Ort Rahmenbedingungen, die Arbeitsplätze schaffen, Produktivität steigern und Innovationen fördern. Dabei stehen die Kommunen untereinander, aber auch national und international im Wettbewerb um Investitionen und um kreative Köpfe. Die soziale Marktwirtschaft bleibt die beste Grundlage für qualitatives Wachstum und mehr Wohlstand für alle. Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die soziale Marktwirtschaft die effizienteste aller Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer.

DER MITTELSTAND ALS RÜCKGRAT DER WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz hat in der Pandemie und aufgrund der Energiekrise nach Beginn des Ukrainekriegs schwierige Zeiten erlebt. Dies wurde durch ungünstige Bedingungen wie hohe

Steuern, Energiepreise, Fachkräftemangel und bürokratischen Aufwand erschwert. Die Wirtschaft besteht für uns ausdrücklich aus allen Akteuren, vom Freiberufler, Handwerker, Dienstleister, Landwirt, Winzer, Hotel- und Gaststättenbetreiber, kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zum Industriebetrieb. Sie sind gemeinsam das Fundament der sozialen Marktwirtschaft, auf das unser Wohlstand gebaut ist. Die Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, sind innovativ, unterstützen lokale Vereine und bieten Chancen für die Bürgerinnen und Bürger. In den Kommunen in Rheinland-Pfalz finden sich viele erfolgreiche mittelständische Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Forschung, Landwirtschaft, Tourismus und Weinbau. Mittelständische Betriebe sind flexibler als Großunternehmen und stehen für Regionalität und Gemeinschaft. Die Mittelstandspolitik sollte den Respekt für das persönliche Engagement und das finanzielle Risiko der lokalen Unternehmer fördern. Aktuelle Herausforderungen für den Mittelstand liegen in unzureichenden Forschungsmöglichkeiten, Fachkräftemangel, Energieproblemen, wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen, digitaler Infrastruktur und schneller Verwaltungsreaktionen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, diese Herausforderungen anzugehen und den Mittelstand zu stärken.

FLÄCHENENTWICKLUNG IST WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Wir Freie Demokraten setzen uns energisch für ausreichend Raum für Gewerbe, Forschung und Entwicklung ein, insbesondere im Kontext einer ökologischen Wirtschaft, um Marktführerschaft zu erhalten und Spitzentechnologien zu entwickeln. Hierfür sind geeignete Gewerbeflächen unerlässlich. Dabei nehmen wir ökologische Belange und die Interessen der Landwirte und Eigentümer ernst, insbesondere den Schutz hochwertiger Ackerflächen. Eine sorgfältige Abwägung der Interessen ist wichtig, doch genauso wichtig sind zügige Entscheidungen und Verfahren, um verantwortungsvolles Wachstum zu ermöglichen. Es ist nicht nur essenziell, Flächen für Start-ups zu schaffen, sondern auch Raum für ihre Weiterentwicklung bereitzustellen. Dies schafft eine klare Win-win-Situation, da Unternehmen vor Ort wachsen und mehr Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort Beschäftigungsmöglichkeiten finden können. Ein attraktiver Standort benötigt angemessene Flächen, gute Anbindung an Infrastrukturen, Verkehrs- und digitale Infrastrukturen sowie ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen Gewerbeflächen entsprechend ihren Bedürfnissen ausweisen können, und plädieren für Flexibilität bei der Flächennutzung, um auf aktuelle Flächenbedarfe effektiv reagieren zu können. Zudem betonen wir die Bedeutung „weicher“ Standortfaktoren

wie Kinderbetreuung, Schulen und kulturelle Angebote, um eine attraktive Arbeits- und Wohnumgebung zu schaffen. Wir stehen zu dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und fordern aber auch eine bedarfsgerechte Planung und Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau über die Stadtkerne hinaus. Es ist von großer Bedeutung, attraktiven und bezahlbaren Wohnraum anzubieten, um Fachkräfte anzulocken und Familien und Karriere besser miteinander zu vereinen. Wir setzen uns stark für die Belebung der Innenbereiche ein, um ein lebendiges Dorf- und Gemeindeleben zu fördern. Leerstand bietet die Chance zur Umstrukturierung und Neugestaltung der alten Ortskerne. Nach sorgfältiger Abwägung im Rahmen einer Kreditfinanzierung müssen die Gemeinden selbst finanziell in die Lage versetzt werden, damit sie bestimmte Leerstandsimmobilien erwerben können, um diese gemeinsam mit privaten Investoren zu revitalisieren und umzustrukturieren. Die Idee einer Leerstandssteuer lehnen wir entschieden ab. Wir befürworten die Umwidmung von ehemaligen Gewerbeflächen zu Co-Working-Spaces, um flexible Arbeitsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zu Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass bestehende Landesmittel flexibel angepasst und beworben werden, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden, beispielsweise im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen.

GEMEINSAM STARK

Die Wirtschaftsförderung ist das Bindeglied der Kommune zu den Unternehmen vor Ort. Wir Freie Demokraten setzen uns für gut ausgestattete und professionelle Wirtschaftsförderung ein. Wir möchten „one stop agencies“ einführen, die sicherstellen, dass Anfragen und Themen der Unternehmen koordiniert bearbeitet werden. Das Unternehmen hat dabei einen Ansprechpartner, der die Verwaltungsabläufe koordiniert. Ein digitaler Berichtsbutton würde Transparenz in die Bearbeitungsprozesse der Verwaltung bringen. Regelmäßige Treffen auf kommunaler Ebene, wie ein runder Tisch, ermöglichen den Unternehmen, bei Entscheidungen zur Infrastruktur und Parkgebühren gehört zu werden. Dies ist eine wichtige Ergänzung, da politische Entscheidungen unter Berücksichtigung der Sichtweisen der örtlichen Gewerbetreibenden getroffen werden sollten.

KLARER KURS FÜR UNTERNEHMEN: WENIGER BÜROKRATIE, MEHR DIGITALISIERUNG

Viele bürokratische Prozesse werden den Unternehmen und Selbstständigen über Regulierungen von Bund und Land auferlegt. In der Kommune gilt es, Prozesse z. B. hinsichtlich von Bauanfragen oder Bauanträgen zu entschlacken und zu digitalisieren. Für diese Prozesse fordern wir eine Fortschrittsbewertung der Bearbeitung, welche von den Unternehmern

digital eingesehen werden kann. Das macht Verwaltungshandeln transparent und nachvollziehbar.

Wir fordern, dass Neugründungen einfacher durchlaufen werden können, z. B. durch die sofortige und zentrale Vergabe von Steuernummern und USt.-Identnummern. Unser Ziel ist es, dass Unternehmensgründungen von der Idee bis zur finalen Umsetzung in Zukunft vollständig digital durchgeführt werden können. Wir begrüßen die Entwicklungen in diesem Bereich und wünschen uns die Ausweitung auf alle Unternehmensformen. Bei der Gewerbebeanmeldung kann die Vergabe so direkt angestoßen werden.

Die verlässliche Zukunftsplanung von Verkehrswegen und der digitalen Infrastruktur ist zentraler Faktor für die Wirtschaft. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für flächendeckenden Glasfaserzugang und eine gute Verkehrsinfrastruktur ein.

VERNETZTE WIRTSCHAFT

Vernetzung und Wissenstransfer sind wichtige Bausteine für die wirtschaftliche Struktur. Die Vernetzung sich ergänzender Betriebe schafft Synergien. Kommunen werden aufgefordert, Clusterförderung bewusster im Rahmen der Wirtschaftsförderung voranzutreiben. Gerade regionale Cluster können einen Standort krisenfest machen, denn eine Firma lässt sich leichter verlegen als ein ganzes Netzwerk. Da hier das Netzwerk einen überproportionalen Mehrwert bie-

tet, wird eine Regionalisierung und Stärkung des Standortes erreicht. Wir Freie Demokraten unterstützen daher die Erschaffung und den Ausbau von Clustern in den Kommunen.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Wir Freie Demokraten wollen uns für die Reduzierung der bürokratischen Hürden für grenzüberschreitende (Geschäfts-) Tätigkeiten einsetzen. Dabei liegt unser Fokus auf einer Digitalisierung und einer Vereinheitlichung der bisherigen Prozesse auf europäischer Ebene. Wir wollen uns für ein Europa der Chancen und Innovationen einsetzen, in dem wir Unternehmergeist bereits frühphasig fördern, Marktzugänge vereinfachen und europäische Netzwerke und Innovations-Cluster schaffen. Den Fachkräftemangel wollen wir dadurch bewältigen helfen, dass in Handwerk, Handel, Gastronomie und Industrie verstärkt grenzüberschreitende Ausbildungsmöglichkeiten entwickelt werden.

VIELFÄLTIGE MOBILITÄT STÄRKEN

Mobilität ist Freiheit. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass jeder Mensch mobil sein kann, unabhängig von seinem Alter oder seinem Wohnort. Dazu setzen wir auf innovative, effiziente, vernetzte und klimaschonende Konzepte. Der Individualverkehr mit dem Auto wird

im Flächenland RLP auch in Zukunft maßgeblich sein. Diesen ergänzen wir durch vielfältige Möglichkeiten. Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV oder in Sharing-Angeboten: Jeder soll seine beruflichen und privaten Ziele schnellstmöglich und stressfrei erreichen. Mit einem ausgewogenen Mix aus Infrastrukturausbau, innovativen Konzepten und unter Berücksichtigung verschiedener Mobilitätsanforderungen werden wir die Kommunen attraktiver machen. Der erste Führerschein ist für viele Jugendliche, besonders auf dem Land, gelebte Freiheit. Die Einführung des Führerscheins AM, Fahren von Mopeds bis 45 km/h bereits mit 15 Jahren, ist ein Erfolg. Begleitetes Autofahren ab 16 zu ermöglichen, ist unsere Zukunftsvision.

Wir Freie Demokraten setzen konsequent auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden, sowohl der Straße als auch der Schiene. Wir wollen die Entlastung von Orts- und Stadtkernen vom Durchgangsverkehr und betonen die Notwendigkeit leistungsfähiger Umgehungsstraßen. Die Richtgeschwindigkeit innerorts von Tempo 50 hat sich bewährt, das werden wir beibehalten. Um gefährliche Situationen für schwächere Verkehrsteilnehmer zu reduzieren, wollen wir verantwortungsvoll mit der Möglichkeit zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen umgehen. Dabei liegen uns die Sicherheit und die Stauvermeidung gleichermaßen am Herzen und wir werden die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen und Geschäfte dabei gewährleisten.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein, der gut vernetzt ist mit Rad- und PKW-Verkehr, auch durch kostenlose oder kostengünstige Park+Ride-Anlagen und Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen. Wir wollen das ÖPNV-Angebot verbessern und attraktiv gestalten, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten. Der Landesnahverkehrsplan muss klare Standards für die kommunale Ausgestaltung des ÖPNV setzen und diese auskömmlich finanzieren. Wichtig ist die Nutzung von anonymisierten Bürgerdaten zur effizienten Gestaltung der Streckenverläufe und Fahrpläne. Flexiblere Angebote wie Rufbusse und On-Demand-Shuttles sollen eine echte Alternative zum Individualverkehr und bisherigen starren ÖPNV bieten. Eine nachhaltige Finanzierung, auch des Deutschlandtickets, ist essenziell, ebenso wie die Förderung digitaler Prozesse zur Kostenoptimierung und der verstärkte Einsatz klimaneutraler Antriebe. Wir betonen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Kreis und Land sowie die digitale Transformation der ÖPNV-Verwaltung.

Zusätzlich unterstützen wir Maßnahmen für umweltfreundliche Verkehrsmöglichkeiten in technologieoffener Weise und setzen uns vor Ort für einen Ausbau klimaneutraler Antriebsarten im ÖPNV ein.

Die Kommunen sollen gemeinsam mit privaten Akteuren und durch Bereitstellung von geeigneten kommunalen Flächen die

Umstellung auf technologieoffene CO₂-neutrale Antriebsoptionen unterstützen, beispielsweise durch den Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge und Wasserstofftankstellen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau von Fuß- und Fahrradwegen ein und begrüßen den Fortbestand der Förderung für Kommunen. Radschnellwege zwischen Ortschaften können schnell und kostengünstig als Direktverbindung gebaut werden, um Land und Stadt besser zu verbinden. Insbesondere bei Neubau und Sanierung von Straßen sowie bei erhöhter Gefährdungslage für Radfahrer wollen wir den Ausbau von Radwegen vorantreiben. Getrennte Wege für Autos, Fahrräder und Fußgänger sollen überall umgesetzt werden, wo möglich. Außerdem wollen wir die Nutzung umweltfreundlicher Beleuchtungsanlagen ausweiten, um eine energieeffiziente Steigerung des Komforts von Radwegen zu gewährleisten.

Um den Radverkehr attraktiver zu machen, brauchen wir sichere Abstellplätze an ÖPNV-Knotenpunkten und Bahnhöfen. Farbliche Markierungen an Straßenkreuzungen verbessern die Sicherheit für Radfahrer und den motorisierten Verkehr. Auch in Innenstädten sollen Fußwege sicher sein und die Bedürfnisse des Einzelhandels und Lieferverkehrs berücksichtigt werden. Eine starke Wirtschaft und lebendige Innenstädte sind entscheidend für den Erfolg der Kommunen.

Wir setzen uns dafür ein, dass gerade mit der steigenden Zahl schneller Fahrräder und Scooter die Sicherheit von Fußgängern im Blick bleibt. Bürgersteige und Fußgängerzonen müssen sicherer und barrierefrei sein.

Auch die gesetzlichen Anforderungen an die Barrierefreiheit sind wegen der wachsenden Gruppe mobilitätseingeschränkter Bürgerinnen und Bürger in diesen Bereichen wieder uneingeschränkt zu gewährleisten.

MOBILITÄTSHUBS SIND DIE BAHNHÖFE DER ZUKUNFT

In Rheinland-Pfalz gibt es über 150 Mitfahrerparkplätze, die wir zu Mobilitätshubs weiterentwickeln wollen. Sie sind ideale Umstiegsplätze zwischen Auto, Bus, Bahn und Fahrrad. Durch eine sichere und bedarfsorientierte Ausstattung und Anbindung, wie z. B. Beleuchtung, Ladesäulen, sichere Fahrradabstellmöglichkeiten, Verweil- und Warteeinrichtungen, schaffen wir gerade in ländlichen Regionen einen echten Mehrwert. Denn die Bahnhöfe der Zukunft brauchen keine Schienen!

Mobilitätshubs an der Schiene können wir uns auch im Zu- und Ablauf urbaner Zentren vorstellen. Drehkreuze zum Umstieg zwischen Bahn, Fahrrad, Carsharing und Auto sind auch auf der freien (Schienen-)Strecke in der Nähe von Städten im Außenbereich denkbar. Diese vorgelagerte Umstiegsmöglichkeit mini-

miert auch den Platzbedarf im urbanen Bahnhofsumfeld und entzerrt die in den Bahnhöfen zu organisierenden Verkehre. Daten sind die Grundlage für Verbesserungen bei der Mobilität. Wir wollen sie nutzen. Visionen wie autonom fahrende Mikromobile müssen keine Zukunftsmusik bleiben.

Wir streben an, die gesamte kommunale Parkraumbewirtschaftung flächendeckend auf appbasierte Smart-Parking-Lösungen umzustellen. Insellösungen wollen wir dabei vermeiden. Erfahrungen von Kommunen, die dies bereits umgesetzt haben, wollen wir konstruktiv nutzen. Künstliche Parkplatzverknappung aus rein ideologischen Gründen lehnen wir ab.

Für uns Liberale steht innovative Verkehrspolitik für eine kooperative Nutzung des begrenzten öffentlichen Verkehrsraums. Wir setzen auf clevere Lösungen statt ideologischer Konflikte zwischen Verkehrsarten. Temporäre, an den täglichen Bedarf angepasste Ansätze mit digitaler Unterstützung sind effektiver als starre Ideen. Wir fördern die Anbindung an das Baustelleninformationssystem, um Staus zu vermeiden und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Gute Anbindungen, Beleuchtung, Ladesäulen und sichere Fahrradstellplätze verbessern die Mobilität, besonders im ländlichen Raum. Mehr Mitfahrgelegenheiten reduzieren den Individualverkehr. Der Wechsel von Auto zu Fahrrad in der

Nähe von Zielorten entlastet Städte und Dörfer, ohne den Verkehrsraum neu zu verteilen. Digitale Konzepte wie Dorf-Apps können auch Mitfahrgelegenheiten fördern und unterbesetzten Individualverkehr reduzieren.

Die liberale Herangehensweise sieht innovative Verkehrslösungen jenseits traditioneller Denkmuster vor. Statt konventioneller Bahnhöfe setzen wir auf vielfältige städtische Mobilitätszentren. Neben dem Individualverkehr ist uns der Umweltverbund (Fußverkehr, Fahrrad, ÖPNV/SPNV) wichtig. In den kommunalen Gremien setzen wir uns für moderne Verkehrskonzepte ein und streben eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundliche Kommunen Rheinland-Pfalz (AGFFK) an. Intelligente Parkgebührenregelungen des Landes Rheinland-Pfalz wollen wir nutzen. Wir wollen dem Fußverkehr eine besondere Bedeutung beimessen. Das schließt Fußwegplanungen und die Integration in lokale Kleinstmobilitätskonzepte ein. Digitalisierte Lösungen können dabei unterstützen. Blitzer können an Gefahrenstellen einen wichtigen Beitrag zur Unfallprävention leisten. Auch mobile Geräte sollten sich aus unserer Sicht aber auf sachlich nachvollziehbare Gefahrenstellen beschränken und nicht zur Aufbesserung der kommunalen Haushalte missbraucht werden. Entsteht insgesamt der Eindruck, es ginge dabei nur ums Geldverdienen, leidet darunter die Akzeptanz zur Gefahrenprävention. Das wollen wir vermeiden.

FAIRE FINANZIERUNG FÜR BESSERE STRASSEN

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Modell der wiederkehrenden Beiträge. Um soziale Härten zu vermeiden, ist es das richtige Signal, die hohen Einmalbeiträge in Kürze vollständig abgeschafft zu haben.

Wir bekennen uns zur kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist es keine Option, die Finanzierung des Straßenausbaus durch Abschaffung der Beiträge in Landeshand zu geben. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollen auch künftig in Eigenregie über den Ausbau ihrer Gemeindestraßen entscheiden.

Wir fordern deshalb, die Verstärkung der Planungskapazitäten in der kommunalen Verwaltung projektbezogen und im interkommunalen Austausch zu ermöglichen. Wir wollen die Genehmigung von Ausgaben dafür im Haushalt erwirken um den Straßenausbau voranzubringen. Darüber hinaus fordern wir, dass Fördergelder bei Berücksichtigung von klima- und umweltschonenden Verkehrsmitteln im Straßenbaukonzept der Kommunen zur Verfügung stehen.

Rheinland-Pfalz ist Pendlerland. Damit die Menschen zügig und stressfrei zum Arbeitsplatz kommen, brauchen wir auch Brücken. Sowohl neue, wie die Mittelrheinbrücke, als auch bestehende Brücken in kommunaler Trägerschaft müssen in Schuss gehalten werden, damit Unter-

nehmen, Handwerker und Arbeitnehmer sicher ankommen. Deshalb haben wir den Zustand und den Bau von Brücken besonders im Fokus.

LIBERALE AGRAR- UND WEINPOLITIK: INNOVATIV, PRAXISNAH UND WIRTSCHAFTLICH

Die FDP setzt sich für eine liberale Agrarpolitik ein. Landwirtschaft, Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Forstwirtschaft. Landwirtschaft ist bei uns vielfältig und muss sich lohnen. Nur rentable Betriebe haben Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen. Landwirtschaftliche Betriebe sind heute hoch technisiert und digital. Die Betriebsleiter, vor allem die Generation Landjugend, sind echte Spezialisten.

Roboter, Drohnen und andere smarte Techniken sind heute Betriebsalltag und helfen bei der Anpassung an die wirtschaftlich engen Spielräume und die klimatischen Veränderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirte vor Ort Beinfreiheit haben. Vermehrt auftretenden Konflikten mit Spaziergängern und Erholungssuchenden auf dem Weg zur Feldarbeit wollen wir durch aktive Aufklärung begegnen. Denn Landwirte fahren dort nicht zum Spaß, sondern sie bewirtschaften unseren Erholungsraum und produzieren dabei nicht nur unsere regionalen Lebensmittel, sondern auch Energie, und sie pflegen die Naturlandschaft. Wir setzen uns ein dafür, dass sie

das auch in Zukunft erfolgreich tun können, egal ob bio oder konventionell. Die Hofübernahmepremie, initiiert von der FDP Rheinland-Pfalz, ist ein Meilenstein in der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik. Von der Prämie profitieren alle, die einen landwirtschaftlichen Betrieb weiterführen. Für uns gilt: Lebt der Hof, lebt das Land! Deshalb machen wir uns vor Ort stark dafür, dass bei der Verpachtung öffentlicher und kommunaler Flächen Landwirte den Vorrang haben und ihnen dabei keine ideologischen Auflagen gemacht werden, die über die vielen Anforderungen und Regeln hinausgehen, an die sie sich ohnehin halten müssen.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT ALS NEUE PRIORITÄT

Volle Supermarktregale sind für uns glücklicherweise Normalität. Wir wollen diese Normalität erhalten. Gestörte Lieferketten haben uns in Zeiten von Pandemien und Kriegen gezeigt, dass der Selbstversorgungsgrad eines Landes keine Nebensache ist. Deshalb kämpfen wir gegen ideologische Nutzungseinschränkungen und setzen auf einen ausgewogenen Interessensausgleich. Im Ringen um Flächen für Energieerzeugung, Naturschutz und Infrastruktur hat Ernährungssicherung für uns eine hohe Priorität.

Es gibt keinen Anbau von Lebensmitteln ohne Pflanzenschutz, auch nicht im ökologischen Bereich. Der Pflanzenschutz dient dem Schutz der angebauten Pflan-

zen und deren gesundem Wachstum. Für jede Kultur bedarf es eines entsprechend angepassten Pflanzenschutzes. Landwirtschaft und Weinbau brauchen auch in Zukunft Möglichkeiten, Unkraut, Pilze und Schädlinge biologisch, mechanisch oder chemisch bekämpfen zu können. Kulturpflanzen zu züchten, die verstärkt gegen Krankheiten und Schädlinge resistent sind, ist eine der wichtigsten Aufgaben in der landwirtschaftlichen Forschung. Deshalb sind wir froh, dass Rheinland-Pfalz zahlreiche Versuchsstandorte hat.

ERNÄHRUNGSBILDUNG BEGINNT VOR ORT AUF DEM ACKER

Unsere Landwirte erzeugen hochwertige Produkte. Um lange Transportwege zu vermeiden und Bürgerinnen und Bürger mit Landwirtschaft zusammenzubringen, unterstützen wir die rheinland-pfälzischen Regionalmarken. Um wertvolle Lebensmittel nicht zu verschwenden, liegt uns die Arbeit der Tafeln am Herzen. Ernährungsbildung ist wichtig, um Grundlagen für ein bewusstes und nachhaltiges Ernährungsverhalten zu schaffen. Dazu ist es gut, dass es Handreichungen der Landesregierung gibt, um wichtige Ernährungsbotschaften im Alltag der Kinder praxisnah und verständlich zu vermitteln. Uns ist es wichtig, dass gesunde Mahlzeiten in Kindertagesstätten bei den Kleinsten nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind. Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Ernährungsbildung in Kindertagesstätten durch Angebote und Konzepte, die auch

im Rahmen des EU- Schulprogramms als pädagogische Begleitmaßnahmen eingesetzt werden können. Die Landfrauen bringen dieses Wissen zu den Jüngsten und ihren Eltern. Diese wertvolle Arbeit begrüßen wir.

AUSBAU LANDWIRTSCHAFT 4.0

Digitalisierung und Forschung eröffnen verbesserte Möglichkeiten für die Verknüpfung von Landwirtschaft und Umweltschutz. Mit Hilfe eines Förderprogramms des Landes werden nun etwa Drohnen eingesetzt, die Rehkitze im hohen Gras vor dem Tod durch Mäharbeiten schützen. Landwirtschaft 4.0 bietet aber auch den Landwirtinnen und Landwirten neue Möglichkeiten, ihre Erträge zu steigern, zeitökonomischer zu arbeiten und damit die Rentabilität ihres Betriebs zu sichern. Wir wollen deshalb verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und Anwendung schaffen, um die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzubringen. Eine digitalisierte Landwirtschaft wird einen wesentlichen Beitrag zu einem klimafreundlicheren und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft leisten, und sie verspricht beispielsweise Effizienzsteigerungen bei gleichzeitiger Reduzierung von Einträgen wie Pflanzenschutzmitteln. Besonders Weinbau, Obstbau und Gemüseanbau ist arbeitskräfteintensiv. Saisonal werden daher viele ausländische Erntehelfer auf den Höfen beschäftigt. Wir wollen verhindern, dass die Ernte nicht eingebracht

und wieder untergeflügelt werden muss. Das ist in Zeiten der allgemeinen Preissteigerungen nicht zu verantworten. Daher wollen wir vor Ort die Bürokratie für die Betriebe bei den Prozessen zur An- und Abmeldung von Arbeitskräften vereinfachen und digitalisieren.

Um den Ausbildungsberuf des staatlich geprüften Landwirtes attraktiver zu machen, sollen die Ausbildungsvergütung angepasst, der Ausbildungsinhalt stetig modernisiert und duale Studiengänge forciert werden.

Der Abbau der Bürokratie ist eine der zentralen Forderungen der Freien Demokraten. Anträge für Fördergelder müssen einfacher, schlanker und digital gestellt werden können. Die Dokumentationspflicht sollte sich auf das unbedingt Notwendige beschränken. Durch die Digitalisierung in der Landwirtschaft sollen Verwaltungskosten und Arbeitsaufwand schnell und sicher gesenkt werden. Dafür schaffen wir vor Ort in den Kreisverwaltungen die notwendigen Voraussetzungen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE WEIDETIERHALTUNG: AKTIVES WOLFSMANAGEMENT EINFÜHREN

Die Verbreitung von Wölfen stellt die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter in vielen Regionen in Rheinland-Pfalz vor große Herausforderungen. Immer mehr Weidetiere werden durch Wölfe gerissen. Die bisherige Strategie des

strengsten Schutzes ohne eine besondere Betrachtung von Problemwölfen, welche für einen Großteil der Risse verantwortlich sind, halten wir für falsch. Wir fordern die Änderung des europäischen Schutzstatus, die Ausweitung von Länderkompetenzen zur Schaffung eines regional differenzierten Bestandsmanagements und die Möglichkeit zur zügigen und rechtssicheren Entnahme von Problemwölfen.

GEMEINSAM FÜR NACHHALTIGE WÄLDER

Wir Freie Demokraten in Rheinland-Pfalz betonen die Bedeutung des Waldes und der Forstwirtschaft für unser Land. Wir setzen uns für eine nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft ein, die den Wald durch naturnahe Bewirtschaftungsformen ordnungsgemäß und nachhaltig nutzt. Besonderen Wert legen wir auf die Holzvermarktung, da Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft ein zuverlässiger, umweltschonender und CO₂-neutraler Rohstoff ist. Dies trägt zur Reduzierung von Importabhängigkeiten bei und ist strategisch wichtig für zukünftige Produktlinien aus nachwachsenden, umweltverträglichen Ressourcen. Die nachhaltige Forstwirtschaft trägt nicht nur zur Rohstoffversorgung für Industrie und Baugewerbe bei, sondern bietet auch viele ökologische Vorteile. Waldgebiete dienen als natürlicher Wetterpuffer, reduzieren Temperaturextreme, binden Feuchtigkeit und verringern Windanfälligkeit sowie Bodenerosion. Zudem sind Wälder wich-

tige Lebensräume für diverse Tier- und Pflanzenarten. Eine nachhaltige Forstwirtschaftsstrategie hilft, den Auswirkungen des Klimawandels effektiver zu begegnen und sowohl die Natur als auch die Wirtschaft zu schützen. Waldgebiete sind auch bedeutende Naherholungsgebiete und touristische Attraktionen. Wir forcieren die Möglichkeiten, die Kommunen per Gesetz haben, den eigenen Wald eigenverantwortlich zu bewirtschaften. Die Kommunen sollen durch Förderung durch das Land in die Lage versetzt werden, brachliegende Flächen aufzuforsten um neue Waldgebiete entstehen zu lassen, die einen Beitrag zur Verringerung des CO₂ Ausstoßes leisten. Wild und Wald gehören für uns zusammen. Die Jägerinnen und Jäger tragen wesentlich zu einem funktionierenden Arten- und Naturschutz bei. Durch die wirksame Regulation von Wildbeständen leistet die Jagd einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz des Ökosystems. Ebenfalls unterstützt die Jagd nachhaltig die Balance der Ökosystems. Dies ist vor allem in einem wald- und naturreichen Land wie Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung.

INNOVATIVER WOHNRAUM FÜR ALLE: FLEXIBEL, NACHHALTIG UND ATTRAKTIV GESTALTEN

.....

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung von Wohnraumschaffung ein. Dazu soll die Reduzierung der baulichen Regularien und Anforderungen auf das Mindestmaß gehören, unter Berücksichti-

gung der Bauweise gemäß § 34 BauGB. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürgern den Bau nach eigenen Wünschen zu ermöglichen und Maßnahmen zur CO₂-Einsparung und Artenvielfalt flexibel umsetzbar zu machen. Leerstehendes Bauland und Gebäude sollen genutzt werden, Bodenspekulationen sollen durch Bauverpflichtungen bei Veräußerungen durch die Kommunen reduziert und Wohneigentum für alle Bevölkerungsschichten geschaffen werden. Anreizsysteme und Aufstockungsmaßnahmen sollen den bestehenden Wohnungsbestand erhöhen. Innenentwicklung wird bevorzugt, aber Randbereiche dürfen wachsen, um den Preisdruck auf Mieten und Kaufpreise zu mildern. Alte Ortskerne sollen attraktiver werden, durch Erwerb und Umstrukturierung von leer stehenden Immobilien, mit Ausgleich für eventuellen Wohneinheitenverlust.

SCHNELLER UND EINFACHER BAUEN: FÜR EINE EFFIZIENTE ENTBÜROKRATISIERUNG DER BAUVORSCHRIFTEN

.....

Das Ziel sollte sein, auf Landesebene einen Minimalrahmen an Bauvorschriften vorzugeben, den die Kommunen einfach übernehmen können. Kommunale Spezifikationen sollen vor allem der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dienen und keine Designvorgaben beinhalten. Die Entbürokratisierung zielt darauf ab, Bauvorhaben schneller durchzuführen und die Verwaltungen zu entlasten.

Wir fordern die Entbürokratisierung von Baugenehmigungen, die Nutzung einer Software zur Unterstützung der Gemeindeverwaltungen, Prüfung und Anpassung der behördlichen Anforderungen in Bebauungsplänen, Überprüfung der Landesbauordnung auf Effizienz, unbürokratische Regelungen für ältere Bebauungspläne und Zusammenfassung von Gutachten für Effizienzsteigerung.

KREATIVE UMNUTZUNG: NEUES LEBEN IN ALTEN GEMÄUERN

Gemeinden haben bereits jetzt über Bauleitplanung, Sanierungsrecht, Grunderwerb und Förderinstrumente die Möglichkeit, die Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude zu fördern, unabhängig von staatlichen Zuständigkeiten. Dies sollte konsequent genutzt werden, um Leerstand in Altgebäuden zu reduzieren und neue Nutzungsmöglichkeiten zu schaffen. Dazu gehören Hofcafés, Restaurants, Event-Locations, Versammlungsstätten, Mehrgenerationenwohnen und mehr. Die barrierearme Umnutzung bietet Chancen für unkonventionelles Wohnen und neue kulturelle Angebote, was zu einem neuen Quartiersgedanken und sozialer Nachhaltigkeit beitragen kann.

QUARTIERE GESTALTEN

Wir Freie Demokraten plädieren für eine innovative Herangehensweise bei der Erschließung von Bestandsquartieren und Neubauquartieren. Alleinige „Erschließung“ im traditionellen Sinne reicht nach modernem liberalen Verständnis nicht mehr aus. Sie sehen eine Chance in der soziokulturellen Weiterentwicklung durch die Schaffung von subsidiären Entscheidungsbefugnissen für Quartiere, Dörfer und Stadtteilviertel. Dies würde es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Gestaltungsmaßnahmen in ihren lokalen Gemeinschaften vorzunehmen, vorausgesetzt, es gibt einen finanziellen Eigenanteil und ein allgemeines Quorum der Eigentümergemeinschaft. Beispiele hierfür könnten die Bepflanzung von Verkehrs- und Aufenthaltsflächen oder die Außenbereichsmöblierung sein. Die Umsetzung könnte sich an bestehenden Modellen wie dem LEAPG-Gesetz auf Landesebene oder dem EU-Förderprogramm LEADER orientieren. Wir betonen, dass niederschwellige Teilhabe an demokratischen Prozessen soziale Nachhaltigkeit schafft und den Einstieg in weiteres politisches Engagement ermöglicht.

DENKMALSCHUTZ

Wir Freie Demokraten wollen Eigentümerinnen und Eigentümern eine einfachere Überprüfung des Denkmalschutzstatus ihrer Immobilie ermöglichen. Denkmalschutzaufgaben sollten auf den Prüfstand.

Zu starre Statuten und Auflagen bezüglich des Denkmalschutzes hemmen Investitionen in Gebäude und führen dazu, dass Eigentümerinnen und Eigentümer Bauten gezielt dem Verfall preisgeben. Dem wollen wir entgegenwirken. Aufwand für Instandsetzung und Erhalt von denkmalgeschützten Bauten ist häufig kostspielig. Wir wollen mit entsprechender Anpassung der Grundsteuer diese Kosten für engagierte Eigentümerinnen und Eigentümer senken.

„INNENSTÄDTE DER ZUKUNFT“ – DORF- UND STADTZENTREN WEITERENTWICKELN

.....

Mit dem Koalitionsvertrag der Mainzer Landesregierung setzt die FDP Rheinland-Pfalz mit der Konzeptionierung und Gestaltung der „Innenstädte der Zukunft“ („IdZ“) auf Lösungen zum Erhalt und der Weiterentwicklung von Dorf- und Stadtzentren. Diese Räume sind zentral für Begegnung, Wirtschaft und Kultur. Die Landesregierung, insbesondere das FDP-geführte Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW), unterstützt durch vielfältige Maßnahmen.

Wir setzen uns in den Kommunen dafür ein, bedarfsgerecht kostenloses Kurzparken zu ermöglichen („Brötchentaste“). Zugleich sprechen wir uns dafür aus, im eingeschränkten Halteverbot zukünftig das Halten für fünf, statt wie bisher drei, Minuten zu erlauben („aus drei mach´

fünf“). Dadurch erleichtern wir besonders älteren Fahrern und Beifahrern den nahen Kurzeinkauf, zum Beispiel in Bäckereien oder Apotheken. Zudem sichern wir damit die soziale Teilhabe und steigern zugleich die Attraktivität der Innenstädte. Außerdem werden die Ordnungsämter und die Polizei von der Kontrolle bei Bagatellverstößen entlastet. Umso mehr muss rücksichtsloses Parken im Parkverbot und besonders auf Gehwegen, Fahrradwegen und Feuerwehruzufahrten konsequent geahndet werden.

LEAP ist ein erfolgreiches Landesgesetz, das schon heute Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte unterstützt, um Innenstädte attraktiver zu gestalten. Hier wurde viel angestoßen. Mit einer gezielten Landesförderung kann die Entwicklung und Förderung von Einzelhandel, Tourismus, Dienstleistungs- und Gewerbezentren weiter vorangebracht und zukunftsfähig gemacht werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass das LEAP fortgeschrieben und zukunftsfähig weiterentwickelt werden soll – zum Wohle der lokalen Wirtschaft, der Kommune und der Bürgerinnen und Bürger. Gerade die Innenstadtentwicklungsförderung unterstützt den Mittelstand vor Ort direkt und indirekt.

TOURISMUS UND GASTRONOMIE BEREICHERN

Rheinland-Pfalz verfügt über eine reiche Vielfalt an Naturschönheiten, kulturellem Erbe und historischen Stätten, die unsere Kommunen zu einem erstklassigen Ziel für Touristen machen. Um das Potenzial dieses Sektors voll auszuschöpfen, ist die Tourismusstrategie 2025 geschaffen worden.

Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften: Der Tourismus sollte die lokalen Gemeinschaften direkt stärken. Die rheinland-pfälzische Tourismusstrategie bezieht diese Gemeinden ein und befähigt sie, sich aktiv an der Tourismusindustrie zu beteiligen und von ihr zu profitieren.

Eine florierende Tourismusindustrie kann das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität in Rheinland-Pfalz insgesamt verbessern. So stellen wir sicher, dass unser Land ein erstklassiges Reiseziel wird und gleichzeitig den Charme und die Authentizität bewahrt, die Rheinland-Pfalz einzigartig machen.

Wir Freie Demokraten setzen auf nachhaltiges Wachstum im Tourismus, verknüpfen Wirtschaft und Gemeinschaft. Der Tourismus ist ein bedeutendes Thema für unsere Region. Wir wollen Synergien nutzen, Zusammenhänge mit Kultur, Weinwirtschaft, Städtebau, Dorfentwicklung und Naturschutz berücksichtigen. Unser Fokus liegt auf dem ländlichen

Raum, den wir gezielt durch den Ausbau der touristischen Infrastruktur stärken möchten. Barrierefreie Mobilität, digitale und medizinische Versorgung sind Schlüsselfaktoren. Wir schaffen attraktive Bedingungen für Tourismus und Lebensqualität. Tourismus soll nicht nur Gäste anziehen, sondern auch ein bedeutender Faktor für unsere Region sein. Wir streben nach einer lebenswerten Region, in der sich alle gerne aufhalten und leben. Die Attraktivität einer Region spielt eine entscheidende Rolle für die Ansiedlung von Unternehmen und Fachkräften. Eine florierende Tourismusbranche hat positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Kultur und Soziales. Gemeinsam schaffen wir eine Region, in der sich Einheimische, Unternehmen und Gäste wohlfühlen. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist es wichtig, die touristischen Strukturen zu verbessern. Wir setzen auf effiziente Ressourcennutzung, verstärkte Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung für innovative Projekte. Natur- und Abenteuerurlaub wollen wir stärken und unsere einzigartigen Attraktionen bewahren.

Unser Ziel: Rheinland-Pfalz als attraktives Reiseziel mit lebenswerter Umgebung. Durch Optimierung der touristischen Strukturen schaffen wir eine erfolgreiche Zukunft des Tourismus in unserer Region.

In den kommenden Jahren wollen wir mehr Menschen dazu bringen, unsere Region zu besuchen. Dafür setzen wir auf klare Schwerpunkte und betonen unsere Einzigartigkeit. Es ist uns wichtig, dass so-

wohl Besucher als auch Einheimische die lokale Identität und Traditionen erleben können. Wir möchten auch das kulturelle Erbe bewahren und für alle zugänglich machen, besonders für Menschen mit Behinderungen, Senioren und Familien mit Kindern.

Die Unterstützung des Hotel- und Gaststättengewerbes ist entscheidend für den Tourismus in Rheinland-Pfalz. Wir setzen dabei auf gezielte Unterstützung für Betriebe, besonders bei Übernahmen. Moderne Online-Präsenz ist unerlässlich, daher möchten wir ansprechende Websites und Online-Buchungsmöglichkeiten für jeden Betrieb fördern. Um die Auslastung in der Nebensaison zu verbessern, begrüßen wir ganzjährige und wetterunabhängige Angebote. Auch der Städte- und Geschäftsreisetourismus soll gefördert werden. Event-Locations und Großveranstaltungen sind vielversprechende Ansätze, um den Tourismus zu stärken und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Wir Freie Demokraten werden in den Kommunen die Betreiber und Veranstalter bei den administrativen Aufgaben bei den Genehmigungen weitgehend unterstützen und wo immer es möglich ist entlasten.

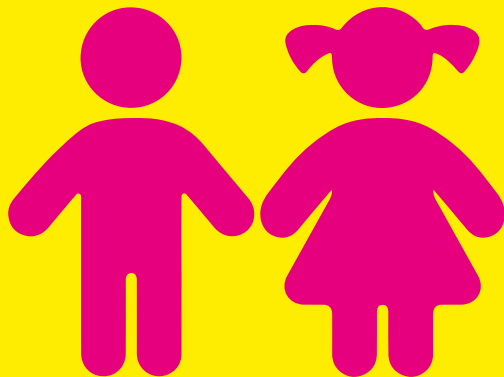
Unser Ziel ist es, touristische Unternehmen und Gastronomiebetriebe dabei zu unterstützen, digitale Technologien optimal einzusetzen, um ihre Angebote noch attraktiver zu gestalten. Dazu gehört die gezielte Förderung von Online-Präsenz und Buchungsmöglichkeiten, damit Gäste

bequem und einfach ihre Reisen planen können. Gleichzeitig legen wir großen Wert darauf, die digitale Kompetenz in der Branche zu stärken, damit alle Betriebe von den Chancen der Digitalisierung profitieren können.

Durch digitale Unterstützung sollen auch Innovationen im Tourismus und in der Gastronomie vorangetrieben werden. Wir möchten Rheinland-Pfalz als begehrtes Reiseziel positionieren und unsere Region wettbewerbsfähig machen. Indem wir auf moderne Technologien setzen und die digitalen Möglichkeiten ausschöpfen, wollen wir unseren Gästen ein zeitgemäßes und unvergessliches Erlebnis bieten. Es ist uns ein Anliegen, unsere Region als attraktiven und innovativen Standort zu präsentieren und so nachhaltiges Wachstum zu fördern.



Chancengleichheit durch zukunftsorientierte Bildungspolitik



Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Unser Bildungssystem nimmt zu vielen Kindern und Jugendlichen faire Aufstiegschancen. Wir wollen vor Ort in unseren Kommunen die Weichen für weltbeste Bildung stellen. Wir setzen auf Eigeninitiative und die Übernahme persönlicher Verantwortung. Für uns fängt der öffentliche Bildungsauftrag bereits in der Kita an. Unsere Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Ihre Talente früh zu entdecken und zu fördern, sichert die Zukunft unserer sozialen Marktwirtschaft. Statt uns mit „sicher, sauber, satt“ zufrieden zu geben, forcieren wir frühkindliche Bildung. Weltbeste Bildung fängt vor Ort bei den Kleinsten an. Frühkindliche Bildung ist unsere Mission!

FÜR WELTBESTE SCHULEN: MODERN AUSGESTATTET FÜR OPTIMALES LERNEN

Die Schule ist ein prägender Ort und Startrampe für die Zukunft unserer Kinder. Die Anforderungen an Schulen verändern sich stetig, doch viele Schulgebäude sind noch immer aus vergangenen Jahrhunderten. Saubere und funktionierende Toiletten müssen genauso selbstverständlich sein wie ein optimaler Arbeitsplatz und digitaler Zugang, um gute Leistungen zu erbringen.

Ergonomische Sitz- und Schreibmöbel sind für ein gutes Lernumfeld keine Nebensache, deshalb achten wir bei der Anschaffung von Ausstattung für Schulen und Kitas auf Qualität.

Für eine effektive Digitalisierung ist es unerlässlich, dass alle Schulen über ausreichende Infrastruktur zum Laden von Geräten und WLAN-Empfang verfügen. Zudem sollten digitale Tafeln und Endgeräte zur Norm werden, um die Digitalisierung erfolgreich umsetzen zu können. Dabei können Modelle mit Leihgeräten oder Kooperationsverträgen mit Unternehmen die Kosten senken. Auch Breitbandanbindung, digitale Klassenbücher sowie cloudbasierte Lernplattformen sind notwendig. Der Datenschutz muss immer gewährleistet sein. IT-Sicherheit ist eine zentrale Aufgabe der Zukunft. Dabei dürfen die Schulen von ihren Trägern nicht allein gelassen werden. Zentrale IT-Verantwortung sicher zu stellen und Schutz vor sowie Absicherung bei Cyberangriffen sind wichtige Aufgaben.

Raumtemperaturen müssen für konzentriertes Arbeiten über den gesamten Tag hinweg angenehm sein. Kühlung im Sommer und Heizung im Winter bei der energetischen Sanierung von Schul- und Kitagebäuden mitzudenken, ist eine kommunale Priorität für uns. Investitionen in die Zukunft sind kosteneffizienter als die möglichen Folgekosten einer mangelhaften Bildung unserer Gesellschaft in den kommenden Jahren.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass alle bewilligten Stellen für Lehrerinnen und Lehrer gefüllt werden. Nur über ausreichendes Lehrangebot kann sichergestellt werden, dass alle Kinder die gleichen Chancen bekommen und der Bildungs-

auftrag ganzheitlich umgesetzt werden kann. Hierzu sollten Kommunen nach Möglichkeit auch den Quereinstieg von Fachpersonal an Schulen prüfen, um vakante Stellen mit engagiertem und kompetentem Personal zu besetzen.

Wir fordern den zügigen Ausbau freiwilliger Ganztagsschulangebote sowohl im Grundschul- als auch im weiterführenden Schulbereich. Hierbei begrüßen wir ausdrücklich die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Vereinen und Gruppen. In einem ersten Schritt sollten Ganztagsschulangebote in sozialen Brennpunkten errichtet werden.

Die Schulen stehen vor wachsenden Herausforderungen, die über die eigentliche Bildungsarbeit hinausgehen. Der Mangel an Fachkräften und die steigende Vielfalt von Schülerproblemen belasten Lehrkräfte zusätzlich. Wir fordern eine Entlastung durch gezielten Einsatz von unterstützendem Personal wie Schulsozialarbeitern, Schulkrankenpflegern, Schulpsychologen, Verwaltungs- und IT-Fachkräften. Diese sollen Verwaltungsaufgaben übernehmen und den Schulbetrieb effizienter und digitaler gestalten, während die Lehrkräfte sich auf den Unterricht konzentrieren können. Es ist wichtig, flexibel auf die Bedürfnisse jeder Schule einzugehen und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Aufgrund des Mangels an Psychologinnen und Psychologen sollen neben ihnen auch psychologische Beraterinnen und Berater eingesetzt werden dürfen.

Schulen fungieren als wichtige soziale Anlaufstellen, wodurch die Belastung für das Schulsekretariat zunimmt. Aktuelle Berechnungsmethoden für Sekretariatsstunden sind nicht praxistgerecht, da sie die vielfältigen Aufgaben im Schulsekretariat nicht ausreichend berücksichtigen. Wir fordern eine Überarbeitung dieser Berechnungsmethoden, die die realen Anforderungen besser widerspiegelt. Zusätzlich soll Reservepersonal für kleinere Schulen oder Zeiten mit Personalmangel bereitgestellt werden. Die Digitalisierung kann die Arbeitsbelastung reduzieren, erfordert jedoch eine gut funktionierende digitale Infrastruktur und angemessene Fortbildungen. Eine effiziente IT-Unterstützung und eine Minimierung von Papierdokumentation sind ebenfalls von Bedeutung.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Schulhöfe kindgerecht gestaltet werden, um Bewegung, Sport, Teambuilding und Ruhephasen zu fördern. Wir fordern die Bereitstellung von Sportangeboten wie Basketballkörben, Tischtennisplatten und Klettergerüsten und wollen das Konzept der Bewegten Schule in den Schulen der Kommunen fördern und ausweiten. Darüber hinaus setzen wir uns für ausreichende Sitzgelegenheiten und wettergeschützte Ruheorte für die Schüler ein, insbesondere in Ganztagschulen. Auch befürworten wir die Förderung von „grünen Klassenzimmern“ als alternative Lernorte auf dem Schulgelände, um pädagogische Vielfalt zu unterstützen. Schließlich wollen wir den Schulhof als

Ort der Gemeinschaft etablieren, der der Nachbarschaft als Kulturort dient.

Zu einer angenehmen und wohlfühl-samen Lernumgebung gehören auch saubere und durchdachte Sanitäreinrichtungen. Die Räumlichkeiten der Toiletten sind in vielen Schulen aktuell nicht in einem Zustand, in dem man diese nutzen möchte. Um den Schülerinnen und Schülern ein ausreichendes Maß an Respekt zu zollen, darf hier nicht gespart werden. Ganz konkret fordern wir eine Finanzierungsoffensive für die Sanitäreinrichtungen in allen Schulen.

Die Übernahme von Verantwortung für Fragen der Gemeinschaft und des öffentlichen Raumes sind Teil unseres liberalen Weltbilds. Kinder und Jugendliche wollen wir im Rahmen der Umweltbildung an Schulen auch an das Thema Sauberkeit des öffentlichen Raumes heranführen. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir dabei konsequent einbinden.

MENTAL-HEALTH-OFFENSIVE

Psychische Erkrankungen haben bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Solche Zustände haben schwerwiegende Folgen für die Gesundheit, die Bildung und das Wohlbefinden junger Menschen. Mit einer Mental- Health-Offensive können wir die Sensibilisierung für psychische Gesundheit verbessern und den Zugang

zu psychologischer Unterstützung erleichtern.

Im Rahmen der Mental-Health-Offensive wollen wir an den Schulen mehr psychosoziale Unterstützung in Form von Gruppenkursen, wie z.B. zum Thema Prüfungsangst oder Stressbewältigung, aber auch private psychische Beratung anbieten.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG IST UNSER HERZENANLIEGEN

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, vorgeschriebene Bildungsstandards umzusetzen, aber die Finanzmittel und das qualifizierte Betreuungspersonal sind knapp. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die staatliche Ausbildung für Erzieher gebührenfrei zu gestalten. Die Zahl der Ausbildungsplätze wollen wir erhöhen. Wir wollen Einstiegshürden reduzieren und nachhaltige Fachkräftegewinnung und berufsbegleitende Maßnahmen forcieren. Wir setzen uns für die Angleichung der Erziehergehälter über alle Kitas hinweg ein und für einen Ausbau der Förderprogramme zur Unterstützung von Neubauten und Renovierungen von Kitas sowie die Schaffung eines Pools von Erzieherinnen und Erziehern innerhalb einer Kommune zur flexibleren Ressourcennutzung.

Die Personalknappheit in Kindertagesstätten stellt viele Kommunen vor Probleme bei der Erfüllung rechtlicher Vorgaben. Es ist dringend nötig, das vorhandene Personal effizient einzusetzen und klare

Kommunikation über die Herausforderungen zu gewährleisten. Die Rekrutierung neuer Mitarbeiter ist von hoher Bedeutung, und attraktive Arbeitsbedingungen sowie Entlastung von administrativen Aufgaben sind entscheidende Maßnahmen, um qualifizierte Kräfte anzuziehen. Es ist notwendig, die Belastung des pädagogischen Personals zu reduzieren, um eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung unserer Kinder sicherzustellen. Ganztägige Angebote sind eine wichtige Grundlage für Menschen, eine Arbeit aufnehmen zu können. Deshalb fordern wir Freie Demokraten, die Ausbildung und den Einsatz für Erziehungs- und Sprachförderkräfte bestmöglich zu unterstützen.

Wir begrüßen bilinguale Angebote in Kindertagesstätten, um Kinder schon früh an mehrere Sprachen zu gewöhnen und langsam heranzuführen. Gerade in dieser Lebensphase entwickeln Kinder grundlegende kognitive, sprachliche, motorische und soziale Fähigkeiten, die sie für ihr weiteres Leben benötigen. In einer globalisierten Welt wird interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit immer mehr an Bedeutung erlangen. Durch das frühe Erlernen einer zweiten Sprache kommen Kinder schon früh mit anderen Kulturen und Denkweisen in Berührung.

MUSIK BEFLÜGELT ENTWICKLUNG

In den letzten Jahren wächst glücklicherweise das Interesse an musikalischer Früh-erziehung und Grundausbildung spürbar. In diesem Bereich kooperieren viele Musikschulen mit Kindertagesstätten und machen Kleinstkinder bereits spielerisch mit den Grundelementen von Musik vertraut. Musikschulen sind wichtige Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene. Musik fördert nachweislich die Entwicklung, daher unterstützen wir die Arbeit der Musikschulen. Dabei würdigen wir auch das Engagement der Musikvereine bei der musikalischen Ausbildung junger Menschen.

GEMEINSAM STARK FÜR BILDUNG UND INTEGRATION

Wir setzen uns für Bildungsgerechtigkeit und Integration ein, beginnend in Kindertagesstätten und Kindergärten. Von diesen Förderungen sollten möglichst viele Kinder profitieren. Überlastungen einzelner Einrichtungen sollen durch digitales Monitoring und kommunale Konzepte verhindert werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen aktiv in die Integrationsförderung eingebunden werden und benachbarte Kommunen sollen für gemeinsame Projekte vernetzt werden.

GEMEINSAM FIT DURCH ZUSAMMENARBEIT VON KITAS, SCHULEN UND VEREINEN

Zur frühkindlichen sozialen und motorischen Bildung gehört auch der spielerische Kontakt zu sportlichen Aktivitäten. Lokale Sportvereine sind wichtige Partner für Kitas, Kindergärten und Schulen. Die Kommunen sollen Kooperationen wie das Konzept „Land in Bewegung“ ausbauen, insbesondere zwischen Schulen und Vereinen im Ganztagsbereich. Wir wollen den zeitlichen Konflikt zwischen Ganztagsangebot bzw. Nachmittagsbetreuung und der Wahrnehmung von Sportangeboten der Vereine durch Unterstützung bei Transport, Räumlichkeiten und Betreuung fördern. Frühe sportliche Aktivitäten und die Vorbereitung auf sportliche Leistungsvergleiche verbessern die gesundheitliche Leistungsfähigkeit der Kinder langfristig. Daher sollten Sportvereine und Schulen bei der Ausrichtung von Kinder- und Jugendspielen von den Kommunen unterstützt werden.

FREIHEIT FÜR KREATIVE ENTWICKLUNG UND GEMEINSCHAFT

Kinder und Jugendliche benötigen öffentliche Räume für ihre geistige und körperliche Entwicklung, angefangen von Spielplätzen, Jugendzentren bis hin zu Jugendräumen. Diese Plätze fördern Experimentieren, Begegnung, kreatives Gestalten und Gemeinschaft. Es ist wichtig,

dass diese Orte Freiheit und Eigenverantwortung unterstützen, damit Kinder und Jugendliche spielerisch lernen können, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Wir Freie Demokraten fordern, dass diese Orte der Freiheit erhalten bleiben.

Wir unterstützen Projekte zur Schaffung von queeren Jugendzentren. Queere Jugendliche sind leider besonders häufig von Mobbing und Ausgrenzung betroffen. Ein queeres Jugendzentrum schafft einen Safe Space für queere Jugendliche, die in einem für die Belange der queeren Community sensiblen und beratenden Umfeld einen soziokulturellen Anlaufpunkt finden können. Es bietet einen Ort zum Austausch, kann das Selbstbewusstsein queerer Jugendlicher stärken und das eigene Coming-out erleichtern.

DIGITALE PLATTFORM FÜR BERUFSORIENTIERUNG UND PRAKTIKA

Es soll eine digitale Plattform zur Berufsorientierung und Wirtschaftsförderung geschaffen werden. Diese Plattform soll Unternehmen und Schülerinnen und Schüler bzw. Studentinnen und Studenten miteinander verbinden, indem sie Möglichkeiten für Schul- und Studienpraktika sowie Werkstudentenjobs anzeigt. Dadurch soll die Suche für beide Seiten erleichtert werden, insbesondere indem sie den Schülerinnen und Schülern die Vielfalt an Arbeitsmöglichkeiten in den lokalen Unternehmen aufzeigt. Die Plattform

soll einfach zu bedienen sein und keine großen Verpflichtungen für Unternehmen und private Nutzer mit sich bringen.

PARTNERSCHAFT ZWISCHEN SCHULE UND WIRTSCHAFT

Wir Freie Demokraten setzen auf Bildung als zentrale Ressource für Umwelterhalt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Der Lernort Schule soll neu betrachtet und mit geeigneten Arbeitsbedingungen ausgestattet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule soll gestärkt werden, insbesondere durch lokale Kooperationen und Praktika, um frühzeitig Berufsmöglichkeiten aufzuzeigen und die Attraktivität der dualen Ausbildung, insbesondere in den handwerklichen Berufen, zu steigern.

DEUTSCHLAND-TICKET FÜR BILDUNG UND KULTUR

Wir setzen uns dafür ein, die Schülerfahrkarten, deren Geltungsbereich zwischen Wohnort und Schulort begrenzt ist, durch ein Deutschland-Ticket zu ersetzen. Das Ticket erleichtert den Zugang zu Kultur- und Bildungsmöglichkeiten, stärkt die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und bietet besonders auf dem Land für Kinder und Jugendliche Unabhängigkeit. Die breite Nutzung des Deutschland-Tickets durch Kinder und Jugendliche kann zu einer klimafreundlichen Reisekultur

beitragen und finanzielle Stabilität für das Angebot gewährleisten.

EFFEKTIVE JUGENDARBEIT

Unsere Mission ist die Stärkung der Jugendarbeit durch effektive Bündelung vorhandener Ressourcen. Mit einem eigens bereitgestellten kommunalen Gebäude ermöglichen wir gemeinnützigen Vereinen die gemeinsame Umsetzung von Angeboten für Kinder und Jugendliche. Sozialarbeiter und erfahrene Jugendamtsmitarbeiter stehen als direkte Ansprechpartner zur Verfügung. Durch geschickte Nutzung von Fördermitteln möchten wir finanzielle Hürden verringern und langfristige Projekte unterstützen. Unser Ziel: Ein zentraler Anlaufpunkt mit vielfältigen Angeboten für junge Menschen und ihre Eltern. Beratungsleistungen zu relevanten Themen werden dabei zentralisiert und leicht zugänglich gemacht.

LEBENSLANGES LERNEN

Volkshochschulen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des lebenslangen Lernens, indem sie Menschen jedes Alters und Bildungshintergrunds Zugang zu Bildung und Weiterbildung ermöglichen. Indem sie eine Vielzahl von Kursen und Seminaren anbieten, die auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zugeschnitten sind, tragen Volkshochschulen dazu bei, dass Menschen sich

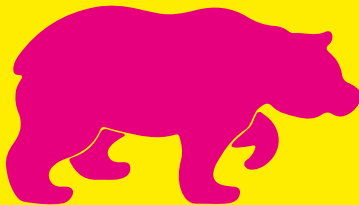
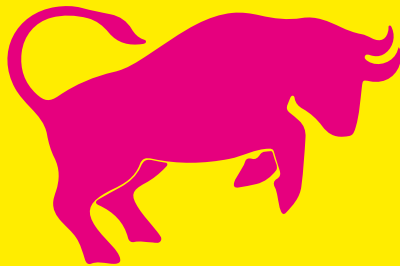
in einer sich ständig wandelnden Welt weiterbilden und sich persönlich und beruflich weiterentwickeln können. Deshalb unterstützen wir die Erhaltung und Förderung von Volkshochschulen.

KEINE ZWEITWOHNSITZSTEUER FÜR MENSCHEN IN AUSBILDUNG ...

Wir wollen den Geldbeutel junger Menschen in Ausbildung entlasten und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dazu gehört auch die freie Wahl des Studien- oder Ausbildungsortes, die durch den Zwang der Zweitwohnsitzsteuer beeinträchtigt werden kann. Daher wollen wir sie von der Zweitwohnsitzsteuer befreien.



Politik, die rechnen kann



Die Kommunen und Rheinland-Pfalz haben die Entschuldung vorangetrieben. Eine generationengerechte und vorausschauende Finanzpolitik im Land und in den Kommunen bleibt auch zukünftig unsere Maxime.

Wir Freie Demokraten stehen auch vor Ort für eine Politik, die rechnen kann: Erst denken, dann ausgeben! Nur dann, wenn wir auch auf Ebene der Städte und Gemeinden sparsam sind, schaffen wir es, die derzeitigen Schuldenberge abzubauen. Das schulden wir auch unseren Kindern und Enkelkindern. Wir denken in Generationen, nicht in Amtsperioden.

Dazu gehören Schuldenabbau, ausgeglichene Haushalte und nachhaltige Investitionen. Wir fordern eine Begrenzung der kommunalen Neuverschuldung und setzen uns für eine Schuldenbremse in den Kommunen ein. Bund und Land müssen zusätzliche Gelder bereitstellen, wenn sie Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne diese durch neue lokale Steuern zu belasten. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien sind Steuererhöhungen für uns nicht das erste, sondern das letzte Mittel, um die Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu sichern.

GEMEINSAM FÜR EINE LEBENDIGE UND WIRTSCHAFTLICH STABILE ZUKUNFT

Die Städte und Gemeinden sind zentrale Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns für die Handlungsfähigkeit und Funktionalität der Verwaltung ein, da sie das Vertrauen in staatliche Institutionen prägen. Kommunen müssen ihre Pflichtaufgaben wie Schulen, Sozialleistungen und Katastrophenschutz erfüllen, bevor freiwillige Aufgaben angegangen werden. Wir betonen den Wert von freien Mitteln für Kunst, Kultur, Sport und Wirtschaftsförderung. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängt von der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ab. Entscheidungen sollen auf sachlichen und wirtschaftlichen Gründen basieren, nicht nur auf kurzfristigen Finanzerwägungen. Kosten müssen über den gesamten Lebenszyklus eines Projektes berücksichtigt werden.

FÜR DIE ZUKUNFT GERÜSTET DURCH ZUSAMMENARBEIT

Wir setzen auf verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation mit privaten Partnern, um Synergien zu schaffen und die Effizienz der öffentlichen Leistungen zu steigern. Die Kommunen sollten auf freiwilliger Basis shared service center errichten, von denen beispielsweise das Rechnungswesen und die Lohn und Gehaltsabrechnung gemeinsam für die aufgeschlossenen Kommunen erbracht

werden. Ziel ist es, Kostenstrukturen zu verbessern und ein qualitativ hochwertiges öffentliches Leistungsangebot zu sichern. Dazu fördern wir die Bildung von Zweckverbänden für gemeinsame Aufgaben wie Feuerwehr, Bauhöfe, Schulen und Kindergärten sowie die Bündelung von Verwaltungsaufgaben, unterstützt durch das Land.

RESSOURCENSCHONENDES ARBEITEN: STRUKTUREN SCHAFFEN

Wir Freie Demokraten setzen auf effiziente Verwaltung durch Partnerschaften mit privaten Unternehmen. Wir achten darauf, dass diese Partnerschaften dem öffentlichen Zweck dienen und kommunale Kernkompetenzen im Fokus bleiben.

Wir wollen, dass die Verwaltung sich auf das Wesentliche konzentriert und bei nicht-öffentlichen Aufgaben „Privat vor Staat“ gilt. Die Digitalisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle, um effizient zu arbeiten und Ressourcen zu bündeln.

Unser Ziel: Leistungsfähige zentrale Verwaltungsstandorte, die trotzdem vor Ort Service bieten. Mobile Bürgerbüros sollen in kleinen Gemeinden alle Verwaltungsdienste anbieten, um die Erreichbarkeit zu verbessern.

ERHALT STATT NEUBAU VON ÖFFENTLICHEN GEBÄUDEN

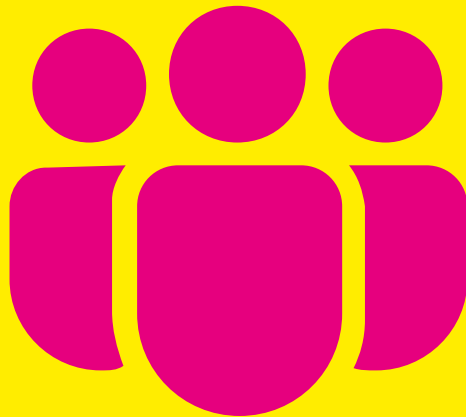
Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Investitionspolitik in öffentliche Gebäude ein. Um verantwortungsvolle Nutzung von Ressourcen zu fördern, streben wir an, die Förderung für Neubauten zu reduzieren und stattdessen Erhaltungsmaßnahmen mit 50 % zu unterstützen. Dies soll Kommunen motivieren, regelmäßig in den Erhalt von öffentlichen Gebäuden zu investieren und so langfristig zu sparen.

KEINE HÖHEREN STEUERBELASTUNGEN FÜR MIETER UND EIGENTÜMER

Wir Freie Demokraten setzen auf privates Wohneigentum und Immobilienbesitz. Eigenes Wohneigentum ist zentral für private Sicherheit und Altersvorsorge. Durch die Reform der Grundsteuer haben viele Mieter und Eigentümer Sorge vor einer steigenden Steuerbelastung. Wir setzen uns vor Ort für eine aufkommensneutrale Grundsteuerreform ein und lehnen eine pauschale Steuererhöhung ab. Steigende Realsteuern dürfen nicht für Kompensationen herangezogen werden, damit Kommunen langfristig gesichert und ausgebaut werden können.



Migration steuern, Integration ermöglichen



Die überwältigende Mehrheit der Einwanderinnen und Einwanderer in unserer Gesellschaft lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auch weiterhin auf gesteuerte Einwanderung angewiesen. Wir brauchen Einwanderer und darum brauchen wir auch eine Willkommenskultur und die Ablehnung von Diskriminierung und Rassismus. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen.

Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache, Bildung und Arbeit. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Die Sport- und Kulturvereine, in denen Integration im Alltag gelebt wird, leisten wertvolle Arbeit. Einwanderer sind in den Parlamenten und den Parteien deutlich unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern. Wir laden insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ein, mit uns an der Fortentwicklung unseres Gemeinwesens mitzuwirken, z. B. als sachkundige Bürger in Ratsausschüssen. Wir sind mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert. Die FDP geht mit dem Thema ehrlich und verantwortungsbewusst um. Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen vor Krieg und Verfolgung zu schützen. Wir sprechen aber auch offen an, dass es zu Überforderung von Kommunen und örtlichen Nachbarnschaften kommt. Bund und Land dürfen

die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.

EINDEUTIGE LÖSUNGEN, KOMMUNEN ENTLASTEN

.....

Die steigende Zahl von Flüchtlingen stellt viele Kommunen vor Herausforderungen. Der Wille zu helfen ist groß, doch die Aufgaben können überwältigend sein. Die Unterbringung in Sporthallen und die Wohnraumknappheit sind sehr problematisch. Ehrenamtliche Helfer arbeiten am Limit. Wir fordern dauerhafte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung sowie verlässliche Unterstützung von Bund und Land bei der Integration in den Kommunen. Wir plädieren für die Umstellung auf Bezahlkarten statt Geldleistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber, erleichterte Rückführungen bei Ablehnung und effektive Bekämpfung des Schleuserwesens.

Bildungseinrichtungen sind überlastet, insbesondere in Bezug auf Sprachlehrkräfte. Langfristige Unterbringung in Großeinrichtungen wird als kontraproduktiv für die Integration betrachtet. Zu betonen sind die langfristigen Auswirkungen dieser Herausforderungen auf die Gesellschaft.

Die Freien Demokraten haben in Regierungsverantwortung im Bundestag die Einführung eines geordneten Einwanderungs- und Einbürgerungsrechts umgesetzt. Um die Aufnahmekapazitäten in den Kommunen nicht zu strapazieren, ist

die Trennung zwischen Arbeits- und Fachkräftezuwanderung auf der einen sowie Asyl- und Fluchtmigration auf der anderen Seite von zentraler Bedeutung. Wir Freie Demokraten setzen uns für schnelle Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten ein, um zügig Rechtssicherheit darüber zu haben, wer in unserem Land bleiben kann und wer zurückgeführt werden muss.

Wir Freie Demokraten setzen uns kommunal für mehr Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte ein. Das kann über niedrigschwellige Angebote zum Austausch, die Beiräte für Migration und Integration oder auch ein verändertes Wahlrecht passieren.

INTEGRATION DURCH GEMEINSAME SPRACHE

Oberste Priorität hat für jeden Neuankömmling die umgehende Teilnahme an einem Deutschkurs, der ihn auf das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen bringt. Dazu wollen wir mit Schulen, Universitäten und gemeinnützigen Organisationen (z. B. Goethe-Institut) zusammenarbeiten. Daneben sollte auch auf digitale Lernmöglichkeiten hingewiesen werden.

EINBÜRGERUNG ALS FEST DER VERANTWORTUNG UND DES MITEINANDERS

Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft muss aus Sicht von uns Freien Demokraten mehr sein als nur ein bürokratischer Akt. Zuwanderer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen, sind schon lange davor Teil unserer Gemeinschaft und bringen sich in diese ein. Wir als Freie Demokraten haben ein positives Zukunftsbild und möchten deswegen die Einbürgerung raus aus den Amtsstuben und rein in die Mitte der kommunalen Gemeinschaft bringen. Veranstaltungen zum Überreichen der entsprechenden Urkunden müssen einen positiven Event-Charakter haben, bei der auch eine große Zahl Bürgerinnen und Bürger vor Ort den positiven Grundton mittragen. Neue Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollen bereits an diesem Tag spüren, dass sie mehr als willkommen sind. Einbürgerung setzt voraus, dass die betroffenen Personen nicht nur unsere Verfassung und die Gesetze beachten, sondern auch jedwede antisemitische Hetze unterlassen und sich zum friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft bekennen. Antisemitische Straftaten schließen eine Einbürgerung aus.

MODERNISIERUNG DER AUSLÄNDERBEHÖRDEN

Die kommunalen Ausländerbehörden sind zentrale Akteurinnen in Asylangelegenheiten, der Fachkräftemigration oder Fragen der Aufenthaltserlaubnis. Für uns Freie Demokraten sind dabei Digitalisierung, Entbürokratisierung und personelle Leistungsfähigkeit der Schlüssel zu schnelleren Verfahren. Wir werden uns deshalb in den Kommunen dafür einsetzen, dass in den Ausländerbehörden digitale Akten geführt und Prozesse automatisiert werden. Zudem setzen wir uns für eine Willkommenskultur in den Behörden ein, die zur Sensibilität für die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte verpflichtet.

WELCOME CENTER FÜR INTEGRATION UND UNTERSTÜTZUNG

Kommunen und Landkreise ab einer Größe von 100.000 Einwohnern sollen „Welcome Center“ einrichten, die alle Leistungen im Rahmen der Zuwanderung an einer Stelle anbieten. Daran sind Ausländerbehörden, Meldebehörden, Träger der Grundsicherung (Jobcenter) und die Agentur für Arbeit zu beteiligen.



Digitalisierung der Kommunen: Digitale, moderne Verwaltung



In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Bedarf an Datenvolumen aufgrund der zunehmenden Nutzung von Software und Daten rapide gestiegen, insbesondere durch Cloud-basierte Anwendungen. Jedoch ist die Netzverfügbarkeit, vor allem im ländlichen Raum, nicht in gleichem Maße gewachsen. Dieses Ungleichgewicht könnte dazu führen, dass ländliche Regionen von der technologischen Entwicklung abgehängt werden. Eine ausreichende Netzinfrastruktur ist heute ein wesentliches Argument für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, einschließlich Heimarbeit und digitalem Schulunterricht. Glasfasernetze zu verlegen, um Bürgerinnen und Bürger und Gewerbebetriebe anzuschließen, ist eine langwierige Aufgabe, die nicht aufgeschoben werden sollte, da der Bedarf weiter steigt. Um diese Lücke zu schließen, sollten Gemeinden verschiedene Maßnahmen ergreifen können, wie den Zusammenschluss zu Zweckverbänden, die Verlegung von Leerrohren in Eigenverantwortung oder den Aufbau einer eigenen Glasfaserinfrastruktur über eine eigene Gesellschaft. Es wird gefordert, dass Glasfaserangebote unter marktwirtschaftlichen und wettbewerbskonformen Bedingungen verfügbar gemacht werden. Internetanbieter, die Glasfasernetze anbieten, müssen klare Vertragsbedingungen bezüglich Nutzungsdauer und Zugang für Wettbewerber, Einhaltung von Qualitätsstandards und Kommunikation mit den Gemeinden festlegen. Eine Bankbürgschaft für Gewährleistung soll-

te ebenfalls abgesichert sein, wenn nicht anderweitig vertraglich geregelt.

Eine Glasfaserinfrastruktur bildet das Fundament für die digitale Transformation in einer Gemeinde. Sie ermöglicht die Bereitstellung verschiedener digitaler Dienste, wie die zentrale Steuerung von Straßenbeleuchtung, lastabhängige Verkehrsführung durch digitale Verkehrsschilder und Bürgerterminals für Verwaltungsangelegenheiten. Um eine intelligente Gemeinde zu schaffen, bedarf es Anpassungen in rechtlichen Grundlagen wie dem Kommunalbrevier und der Straßenverkehrsordnung. Zusätzlich sollen intelligente Straßenbetriebsinfrastrukturen gefördert und Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt durch digitale Angebote unterstützt werden, wie beispielsweise freies WLAN.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG: SCHLANK, STARK UND EFFIZIENT

.....

Der Staat soll den Bürgern dienen und nicht die Bürger dem Staat. Wir sind für die Zusammenlegung bestimmter Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Verwaltung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Denn das führt zu Kostensenkung, Effizienzsteigerung und einer Bündelung von Wissen. Jede neue Aufgabe sollte dahingehend auf den Prüfstand kommen, ob sie wirklich notwendig ist. Kurze Entscheidungswege sparen bei allen Beteiligten nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Nerven. Die FDP

will eine bürger- und serviceorientierte Verwaltung. Verwaltungsangestellte sollten nicht unter starren Vorschriften leiden, sondern im Arbeitsalltag pragmatisch und unbürokratisch handeln dürfen. „Open Government“ führt zu mehr Transparenz und Teilhabe. Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch den Einsatz von Internet und modernen Kommunikationsmedien transparenter werden.

KOMMUNEN KONSEQUENT DIGITALISIEREN

Wir setzen uns entschieden für die digitale Transformation in unserer Gesellschaft und den staatlichen Strukturen ein. Die Digitalisierung ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit und betrifft nicht nur administrative Prozesse, sondern muss auch in den kommunalen Verwaltungen vorangetrieben werden. Das „Onlinezugangsgesetz“ (OZG) ist ein wichtiger Schritt, den wir auf die kommunale Ebene ausdehnen wollen. Unsere Mitglieder in den Ratsfraktionen setzen sich aktiv dafür ein, dass die Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung radikal vorangetrieben wird. Dies schließt leicht zu pflegende Eventkalender, Tourismusangebote, ehrenamtliche Teilhabe- und Organisationsformen sowie digitale Kommunikationsmöglichkeiten für Jugendliche und Freiwilligendienste ein. Ein zentrales Ziel ist es, in jeder Kommune, in der wir aktiv sind, eine umfassende „Dorf-App“ zu etablieren. Diese App soll als digitaler Zwilling des Stadt- bzw. Dorflebens fun-

gieren und den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Spektrum an Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Wir streben an, dass keiner mehr die Chance zum Mitmachen verpasst.

In der kommunalen Verwaltung wird verstärkt mit anspruchsvoller Software gearbeitet, insbesondere im Bereich Datenschutz. Die geplanten Stellen in der IT reichen oft nicht aus, da diese Mitarbeiter auch den Support für Schulen übernehmen müssen. Um qualifiziertes IT-Personal zu gewinnen, sollten die Gehälter wettbewerbsfähig sein. Es stellt sich die Frage, ob jede Gemeinde ihre eigene Hard- und Software haben muss oder ob Landesrechenzentren cloudbasierte Lösungen anbieten können. Dies hätte den Vorteil eines zentralen Supports und einer einheitlichen Software-Nutzung in vielen Kommunen. Um einen effizienten IT-Betrieb in der kommunalen Verwaltung zu gewährleisten, sind mehr gut bezahlte Stellen erforderlich, ein Service-Portfolio der kommunalen Rechenzentren und Unterstützung bei der Umstellung auf zentrale Lösungen durch Landesrechenzentren. Darüber hinaus könnte die Cyber-Sicherheit kostengünstiger für die Kommunen gewährleistet werden als wenn jede Kommune ihre IT Systeme eigenständig vor kriminellen Angriffen schützt.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, bis Ende 2024 etwa 575 Verwaltungsleistungen online anzubieten. Dies betrifft vor allem die Kommunen. Der Digital-Booster

priorisiert 35 digitale Anträge für kurzfristige Umsetzung. Das OZG ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, ihre Anträge digital bei den Kommunen einzureichen, doch die Weiterverarbeitung in den Verwaltungen bleibt unberührt. Effizientere Verwaltungsprozesse erfordern die Einführung von Dokumentenverwaltungssystemen, sicheren elektronischen Datenarchiven und den Ausbau von Schnittstellen zu anderen Behörden. Die digitale Transformation entlastet Gemeindemitarbeiter und verbessert den Bürgerdienst. Forderungen umfassen eine Ende-zu-Ende-Prozessdigitalisierung im Rahmen des OZG, verstärkte Nutzung vereinheitlichter Software (RLP KOMBIS), eine einheitliche elektronische Identität für Bürgerinnen und Bürger und ein alternatives Angebot der Landesrechenzentren für Softwarebereitstellung und Betrieb.

DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE FÜR JEDE KOMMUNE

Wir begreifen die Zersplitterung bei der Zuständigkeit für die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung als zentrales Problem bei der Reform des Staatswesens. Wir wollen auf Stadt- bzw. Kreisebene einen Chief Digital Officer einführen, um die Digitalisierung in Kreis und Kommune voranzutreiben. Der Chief Digital Officer entwickelt eine Digitalisierungsstrategie und hier laufen alle Fäden der unterschiedlichen Digitalisierungsprojekte zusammen. Andererseits kümmert sich der

Chief Digital Officer um die Beratung der Verwaltungen.

KLARE WEGE, KLARE ANTWORTEN: EINFACHE KOMMUNALE VERWALTUNG

Wir Freie Demokraten wollen eine One-Stop-Regel für kommunale Verwaltungen. Wenden sich Bürgerinnen und Bürger mit einer Frage oder einem Anliegen an ein kommunales Amt und geraten an die falsche Stelle, darf das nicht das Problem der Bürgerinnen und Bürger sein. Jede kommunale Stelle hat jede Anfrage freundlich und serviceorientiert entgegenzunehmen und dann intern der zuständigen kommunalen Stelle zuzuleiten. Von dort bekommen Bürgerinnen und Bürger dann ihre Antwort, digital, postalisch oder telefonisch.

Außerdem fordern wir die digitale Bürgerbüro. Es sind Prozesse in der Verwaltung zu digitalisieren, um die Erreichbarkeit der Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und die finanzielle Belastung für die Kommunen zu mindern. Die kommunalen Verwaltungsstrukturen müssen modern, leistungsstark, zukunftsfähig und durchgehend digital werden.

VERSTÄNDLICHE VERWALTUNGSSPRACHE: EINFACH, KLAR UND DISKRIMINIERUNGSFREI

Klares Verwaltungshandeln benötigt klare Sprache. Jedes behördliche Schriftstück wird in möglichst allgemeinverständlicher Sprache verfasst. Verwaltungs- und Rechtsbegriffe sind kompakt und allgemeinverständlich zu erklären. Überall wo es juristisch möglich ist, sollte auf Verwaltungsbegriffe verzichtet werden. Ältere Vordrucke, Formulare oder Veröffentlichungen sind daraufhin zu überarbeiten. Zur Einfachheit der Sprache gehört auch, diese unpolitisch und wertungsfrei zu halten. Auch diskriminierungsfreie Sprache muss im Rahmen dessen erfolgen, was der Rat für deutsche Rechtschreibung vorgibt.

ENTSCHÄDIGUNG VON BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTERN

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhalten für ihre ehrenamtliche Arbeit eine im Vergleich zum Aufwand geringe finanzielle Entschädigung. Wir fordern deshalb eine grundlegende Evaluation und eventuelle Anpassung der Entschädigungen – auch mit Blick auf Rentenbezüge oder die Pension.

Hybride Teilnahme für Mandatsträger kommunaler Gremien

Ehrenamtliches Engagement ist das Rückgrat der kommunalen Arbeit. Wir Freie

Demokraten stehen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und dem kommunalpolitischen Engagement ein und wollen deshalb die Arbeitsprozesse in Gremien und der Verwaltung modernisieren. Daher fordern wir die Ermöglichung von sogenannten Hybridsitzungen - Beratungen, Abstimmungen und Drucksachen sollen in der Regel digital durchgeführt und vorgelegt werden. Nur so kann das kommunale Ehrenamt der großen Flexibilität vielfältiger Lebensentwürfe gerecht werden und die Beteiligung aller ermöglichen.

CHANGENGLEICHHEIT IN DEN KOMMUNALVERWALTUNGEN

Kommunen sind Arbeitgeber mit Vorbildfunktion. Frauen sind sowohl in der Kommunalpolitik als auch in Leitungsfunktionen der Kommunalbehörden deutlich unterrepräsentiert. Die kommunalen Verwaltungen können auf die Fähigkeiten von Frauen nicht verzichten. Da diese noch immer den Großteil der familiären Sorgearbeit leisten, sind Vollzeitstellen in Führungspositionen oft mit Männern besetzt. Wir fordern die Kommunen dazu auf, über Telearbeit und Führen in Teilzeitmodellen einem breiteren Personenkreis Aufstieg in der Kommunalverwaltung zu ermöglichen. Zudem sprechen wir uns für die Etablierung von Mentoring-Programmen ein, die eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungsverantwortung und die persönliche Weiterentwicklung von Frauen im beruflichen Kontext zum Ziel haben.

FAMILIE UND BERUF IM EINKLANG

Kommunale Behörden und Einrichtungen müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Arbeitgeberinnen stärker in den Blick nehmen. Dazu sind neue Beschäftigungsmodelle notwendig, die das Führen in Teilzeit oder generell Jobsharing erleichtern. Zudem setzen wir uns innerhalb der Kommunalparlamente für eine bedarfsgerechte Planung der Betreuungsangebote für Kinder ein und streben eine enge Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten an.



Gelungenes gesellschaftliches Zusammenleben



Wir Freie Demokraten sehen das Ehrenamt als elementaren Bestandteil einer liberalen Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement prägt unsere Gemeinden und bereichert das gesellschaftliche Leben. Die Kommune und das Land müssen dieses Engagement unterstützen, insbesondere durch Bereitstellung von Räumlichkeiten für Treffen und Aktivitäten. Außerdem setzen wir uns für eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit in jeder Kommune ein, die für alle erforderlichen Anliegen, Anträge und Anfragen von ehrenamtlichen Vereinen und Organisationen zuständig ist und Kompetenzen bündelt. Hierbei sollen die Zuständigkeiten bei der jeweiligen Anlaufstelle liegen, um eine schnelle und unbürokratische Arbeit zu gewährleisten. Die Koordinierungsstelle soll die Institutionen insbesondere bei der Beantwortung von Fragen zu Zuständigkeiten, Fördermöglichkeiten, Vereinsrecht und Datenschutz unterstützen.

Besonderes Augenmerk liegt auf dem Katastrophenschutz, den Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdiensten, die auf zuverlässige kommunale Unterstützung angewiesen sind. Diese Organisationen benötigen modernste Ausrüstung, angemessene Gebäude und Trainingsplätze für effektive Übungen. Es braucht Wertschätzung, beispielsweise durch Ausweitung der Angebote und Vergünstigungen für Ehrenamtskarteninhaber. Wir fördern den Nachwuchs in diesen Organisationen und streben eine bessere Sichtbarkeit auf kommunaler Ebene an. Bei lebens-

rettenden Maßnahmen darf es keine Einsparungen geben, sondern eine umfassende Unterstützung. Auszeichnungen für engagierte Bürgerinnen und Bürger sollten von der Gemeinschaft, nicht von der Politik, bestimmt werden – dafür wollen wir Bürgergremien etablieren.

Die Sportvereine in Rheinland-Pfalz, mit ihrer großen Mitgliederzahl und ehrenamtlichen Organisation, bilden eine bedeutende Bürgerbewegung. Sie ermöglichen generationenübergreifende Bewegung, Integration und persönliche gesundheitliche Entwicklung. Das Engagement dieser Vereine in den Kommunen ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bedarf unterstützender kommunaler Maßnahmen, wie erschwinglichem Zugang zu Sportanlagen und Unterstützung bei Veranstaltungen. Darüber hinaus verdienen auch alle gemeinnützigen Vereine unsere Unterstützung und unseren Respekt; ob Brauchtums-, Geschichts- oder Gesangsverein, um nur einige zu nennen. Sie alle sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

SICHERHEIT STÄRKEN, PRÄSENZ ZEIGEN

Um Straftaten zu verhindern, werden wir Freien Demokraten uns dafür einsetzen, dass die physische Präsenz von Polizei und Ordnungsamt an Kriminalitätsschwerpunkten ausgeweitet wird. Durch sichtbare Fuß- und Fahrradstreifen wollen

wir objektiv die Sicherheit verbessern. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir jedoch ab. Wir stehen eng an der Seite der Sicherheitsbehörden und sind dankbar für deren wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft.

STARKE FEUERWEHREN FÜR UNSERE GEMEINDEN

Die demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben bereits zu personellen Herausforderungen bei Feuerwehren geführt, insbesondere im ländlichen Raum. Es fällt zunehmend schwer, ausreichend Personal zu halten und die Einsatzzeiten zu garantieren. Die Feuerwehren benötigen dringend Maßnahmen zur Stärkung des Personals, darunter gezielte Werbekampagnen, die Frauen in den Feuerwehren fördern, sowie spezielle Programme zur Modernisierung von Feuerwehrhäusern für die Nutzung durch Frauen und Männer. Die Stärkung der Jugendfeuerwehren wird als entscheidende Quelle für künftige Feuerwehrkräfte betont.

SPORT VEREINT, BEWEGT UND INTEGRIERT

Sport fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration, besonders auch von Zugewanderten, da sich im Sport Menschen jedes Alters sowie aller sozialen und kulturellen Hintergründe integrieren und Regeln und Fairness erlernen

können. Ziel ist die Verbesserung der Bedingungen und Angebote im Sport. Kommunen sollten digitale Plattformen schaffen, um vielfältige regionale Sportangebote zu präsentieren, darunter öffentliche Anlagen, Wanderwege, Sportvereine und kommerzielle Anbieter. Besonderes Augenmerk liegt auf speziellen Angeboten für verschiedene Zielgruppen. Öffentlich betriebene Sportstätten sollten besser zugänglich gemacht werden, auch durch Nutzungskonzepte und Pflegeplanung. Darüber hinaus wollen wir sanierungsbedürftige Sportstätten fit für die Zukunft machen und somit einen angemessenen Vereins- und Schulsport ermöglichen.

PFLERGEELTERNCHAFT: GEMEINSAM GUTES BEWIRKEN

Wir schätzen die Arbeit der kommunalen und privaten Pflegekinderdienste. Damit mehr Menschen sich zu einer Pflegeelternschaft bereit erklären, wollen wir auf kommunaler Ebene entsprechende Informationskampagnen starten.

GEMEINSAM FEIERN, GEMEINSCHAFT STÄRKEN, BEGEGNUNGSFESTE FÜR EIN LEBENDIGES MITEINANDER

Straßen-, Begegnungs- und Nachbarschaftsfeste wollen wir Freien Demokraten aktiv fördern. Wo Menschen sich kennen, achten sie aufeinander. Wo es

möglich ist, wollen wir entsprechende Veranstaltungen mit den Möglichkeiten der Kommune logistisch unterstützen und bürokratische Auflagen für die Veranstalter minimieren.

EUROPÄISCHE PARTNER- SCHAFTEN LEBEN, AUSTAUSCHPROGRAMME STÄRKEN

Wir als Freie Demokraten setzen auf lebendige europäische Partnerschaften und glauben an den Wert von persönlichem Austausch. Durch das Erleben und die direkte Kommunikation mit Menschen aus anderen Ländern schaffen wir Freundschaften und fördern gegenseitiges Verständnis. Diese persönlichen Erfahrungen sind der beste Weg, um ein gemeinsames europäisches Wir-Gefühl zu entwickeln und unsere Grundwerte erlebbar zu machen.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Stärkung dieser Verbindungen liegt in der Förderung von Austauschprogrammen auf kommunaler Ebene. Diese Programme bieten ein außerordentliches Potenzial, um die Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung europäischer Partnerschaften zu sensibilisieren und den kulturellen Austausch zu intensivieren.

Als Freie Demokraten setzen wir uns konkret ein für die Förderung von Schulkooperationen zwischen Partnerstädten, um regelmäßige Klassenfahrten und Schüleraustauschprogramme zu ermöglichen.

Hierbei sollen Schülerinnen und Schüler interkulturelle Erfahrungen sammeln und den europäischen Zusammenhalt stärken.

Zudem müssen Lehrkräfte im Rahmen des Programms „Erasmus plus“ unterstützt werden, um europaweite Fortbildungen, Job Shadowings und Unterrichtstätigkeiten bei Partnereinrichtungen zu ermöglichen. Auch Schülerinnen und Schüler sollen die Chance zum interkulturellen Austausch erhalten, sei es durch längere Aufenthalte an Partnerschulen im europäischen Ausland oder durch Mitarbeit an selbst gewählten Themen in internationalen Arbeitsgruppen.

Schulen vor Ort sollen bei der Zertifizierung als Europaschule unterstützt werden. Dadurch erhalten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, schon während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen in ganz Europa zu profitieren und wertvolle internationale Erfahrungen zu sammeln.

Städtepartnerschaften sollen gefördert werden, indem das bestehende Netzwerk genutzt und erweitert wird. Jede Kommune in Rheinland-Pfalz soll zukünftig eine Städtepartnerschaft mit einer anderen europäischen Stadt aufbauen, pflegen und regelmäßige Treffen und Feiern organisieren. Die Ukraine hat erste Schritte zur Aufnahme in die EU unternommen. Wir befürworten ausdrücklich, rheinland-pfälzisch-ukrainische Städtepartnerschaften zu etablieren und den Austausch schon jetzt intensiv zu pflegen.

Auch um auf lokaler Verwaltungsebene bei der Erfüllung der Aufnahmekriterien zu unterstützen. Langfristig eröffnet dies wirtschaftliche Chancen und bietet eine Erweiterung des kulturellen Horizonts. Die Bedeutung dieser Partnerschaften soll klar und verständlich kommuniziert und vermittelt werden.

Europaschulen sollen in lokale Städtepartnerschaften eingebunden werden, um den Austausch mit den Partnerstädten zu stärken und die Vorteile der Europaschulen besser zu nutzen.

Zudem muss der Austausch auf Verwaltungsebene gefördert werden, um bewährte Strategien und Umsetzungsideen grenzüberschreitend auszutauschen. Mitarbeitende in der Verwaltung sollen die Möglichkeit erhalten, an europaweiten Fortbildungen, Austauschprogrammen und Job Shadowings teilzunehmen. Die Kommunen sollen die Voraussetzungen schaffen und bei Bedarf die Mitarbeiter fremdsprachlich weiterbilden. So wollen wir einen engen Austausch und eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene fördern und dadurch eine starke europäische Gemeinschaft aufbauen.

DIE KOMMUNE VORANBRINGEN – EUROPAS CHANCEN NUTZEN

Wir Freien Demokraten wollen die vielfältigen Möglichkeiten Europas durch eine aktive kommunale Europapolitik nutzen. Durch den Ausschuss der Regionen (AdR) sollen kommunale Anliegen stärker in die

politische Agenda der EU eingebracht werden. Den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas wollen wir stärken. Zudem sollen die Europabüros des Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eingebunden werden. Wichtig ist, dass die Kommunen mit einer für ihre konkrete kommunale Situation entwickelte Europa-Strategie die Verbindung zwischen den Zielen der EU und der eigenen Arbeit klarstellen. Die Kommunen müssen sich davon befreien, für eigene Projekte nach Geldtöpfen zu suchen. Vielmehr ist es umgekehrt erfolgreicher, die Ziele der Förderprogramme zu verstehen und gezielt sinnhafte eigene Projekte für die Fördertöpfe zu entwickeln. Wir wollen die Kommunen durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen bei der Ausformulierung einer auf ihre konkrete Situation bezogenen ausdifferenzierten Europa-Strategie unterstützen. Um eine solche Strategie zu entwickeln, fordern wir, eine Servicestelle Europa für Kommunen als zentralen Ansprechpartner zu schaffen und mit Ressourcen auszustatten für Beratungsprozesse durch Experten. Darüber hinaus sollte ein stetiges Fortbildungs- und Kommunikationsprogramm von der Servicestelle Europa für die Kommunen entwickelt werden. Wir wollen einen Europabeauftragten auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte etablieren, der als Ansprechpartner vor Ort fungiert. Das Thema Europa soll in der Ausschussarbeit der kommunalen Gremien

verankert werden. So wollen wir sicherstellen, dass alle Themen mit europapolitischem Bezug in den Stadt- und Gemeinderäten bzw. den Kreistagen auch unter diesem Aspekt beurteilt und bei Entscheidungen berücksichtigt werden.

KULTUR IN KOMMUNEN STÄRKEN

Den Kommunen muss es möglich sein, kulturelle Projekte und Institutionen in den Katalog der kommunalen Pflichtaufgaben aufzunehmen.

Eine große Gefahr für die Kultur als im Moment freiwillige Aufgabe geht von dem neuen Finanzausgleichsgesetz und den Planungen zur Entschuldung der Kommunen im Land RLP aus. Die Maßgabe eines ausgeglichenen Haushalts für die Teilnahme am neuen Entschuldungsprogramm hat unter den gegebenen Voraussetzungen ein hohes Bedrohungspotenzial für die Kultur. Kulturförderung darf nicht kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Kultur soll als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden, um die Kulturarbeit vor Ort zu stärken.

Wir wollen einen Kulturplan in jeder Kommune. Wenn die Ziele bekannt sind, kommt man schneller zu einer guten kulturellen Entwicklung.

Die Ergebnisse des Kulturentwicklungsplans des Landes sollen umgehend an die Kommunen kommuniziert werden, mit Angaben darüber, wie die Kulturangebote in den vorliegenden Erhebungen

finanziert sind. Zudem soll es in Rheinland-Pfalz mehr Kulturberater geben. Die momentan bestehende Anzahl von zwei könnte auf vier erhöht werden. Wir Freie Demokraten fordern eine Möglichkeit der Mitfinanzierung von Kultureinrichtungen, die über die Städte hinaus in weite Teile der Umgebung wirken, durch die umliegenden Kommunen und kommunalen Körperschaften.

Das Unterstützungsprogramm für die freie Szene „Zukunft durch Kultur“ soll passgenauer und unbürokratischer gemacht werden.

Kultur sollte als Bildung in den Kitas von Anfang an gegeben sein. Durch gute und ausreichende Kulturangebote an Schülerinnen und Schüler und Jugendliche muss dieser Weg dann weiterführen. Dies kann zum Beispiel in Musikschulen und Jugendkunstschulen geschehen.

Kulturangebote und Tourismus beflügeln sich gegenseitig. Als sogenannter weicher Standortfaktor ist Kultur bei der Wirtschaftsförderung ein wertvoller Baustein.

Um Kultur jedem zugänglich zu machen, wollen wir Zusammenschlüsse von kulturellen Einrichtungen, Privatpersonen, Unternehmen und Verbänden fördern, die gemeinsam Projekte durchführen, um Kultur für jeden erlebbar zu machen.

CLUBKULTUR BELEBEN, FREIRAUM SCHAFFEN

Clubs tragen zur kulturellen Vielfalt einer Region bei und sind Teil von Kulturpolitik. Wir Freie Demokraten wollen dem Clubsterben entgegenwirken, indem wir bürokratische Hürden senken, Clubkultur in die Raumplanung integrieren und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Clubs schaffen, die auch eine Nutzung öffentlicher Räume wie Parks für Veranstaltungen einfacher ermöglicht.

Ermessensspielräume im Rahmen von Genehmigungsverfahren sollen ausgeschöpft und durch anderweitige Maßnahmen wie z.B. einen ehrenamtlichen Nachtbürgermeister ersetzt werden. Ein Nachtbürgermeister bzw. eine Nachtbürgermeisterin soll dabei in erster Linie die Interessen der Clubszene und der Anwohner versöhnen. Hierbei sollen auch die Besitzer von Bars, Clubs und Diskotheken an einen gemeinsamen Tisch gebracht werden, um gemeinsame Interessen zu verbinden.

GESCHICHTE LEBENDIG GESTALTEN - ERINNERUNGSKULTUR LEBEN

Wir Freie Demokraten wollen das Gedenkstättenkonzept modernisieren. Die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus sowie der DDR bleibt eine kontinuierliche Aufgabe. Durch die Auseinandersetzung mit der

Geschichte kann eine Sensibilisierung für den Wert der Freiheits- und Bürgerrechte geleistet werden. Die Stärkung der historischen Orte mit mehr digitalen Angeboten und innovativen Vermittlungskonzepten ermöglicht es, Brücken zu jüngeren Generationen zu bauen, um einen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für die Freiheit zu leisten.

KOMMUNE UND KIRCHE

Wir Freie Demokraten stehen für gesellschaftliche Vielfalt. Diese wollen wir in allen Bereichen erhalten und beziehen deshalb auch Kirchen und Religionsgemeinschaften mit ein.

Als Freie Demokraten sehen wir den Bedarf und gesellschaftlichen Wert der Vielfalt von in freien und kirchlichen Trägerschaften geführten kommunalrelevanten Einrichtungen wie beispielsweise Schulen, Kitas, Angebote für Senioreninnen und Senioren. Wir fordern die Kommunen deshalb auf, im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Trägerinnen und Trägern eng zusammenzuarbeiten, um das Angebot zu erhalten.

Die Einrichtungen decken einen unverzichtbaren Bedarf für die Gesellschaft ab. Die Wertschätzung zeigt sich auch durch den hohen Anteil an Menschen, die in ihnen ehrenamtlich tätig sind. Soweit kirchliche oder freie Trägerschaften beabsichtigen, sich von Immobilienbeständen zu trennen, soll die kommunale Ebene mit diesen frühzeitig in Verhandlungen

für eine künftige, gegebenenfalls auch gemeinsame Nutzung eintreten. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Effizienz.

Circa 95% aller kirchlichen Gebäude unterliegen dem Denkmalschutz. Wir fordern Lockerungen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden. Ziele der Nachhaltigkeit und die Nutzung regenerativer Energieträger bei solchen Immobilien und Einrichtungen sollen verfolgt werden können.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt und die Pflege eines wertebasierten gesellschaftlichen Miteinanders ein. Ein Baustein dazu ist die Förderung des interreligiösen Dialogs. Von allen Kulturen und Religionsgemeinschaften fordern wir Offenheit und Toleranz ein. Insbesondere die Bekämpfung von Antisemitismus sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der auch die kommunale Ebene mit entsprechenden Projekten nachkommen muss.

Zu unseren Wertvorstellungen gehört, dass der Schutz des Rechtsstaats für all jene, die sich für die Gemeinschaft einbringen gewährleistet wird. Jegliche Aufforderung zu Gewalt und Intoleranz die durch Religionsgemeinschaften jedweder Art oder deren Organisationen lehnen wir ab.

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Umgebung sicher fühlen. Sicherheit ist oft mehr ein Gefühl, das von der Umgebung beeinflusst wird, als eine Tatsache. Sauberkeit, Helligkeit und Ordnung tragen dazu bei, dass Menschen sich sicher und wohl fühlen. Wir fordern, dass Kommunen ihre Straßen und Plätze sauber, ordentlich und gut beleuchtet halten, und dass Ordnungsbehörden präsent sind, um Sicherheit zu gewährleisten. Bürgerbeschwerden sollen ernst genommen und zügig bearbeitet werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Gemeinde zu stärken. Eine intakte Straßenbeleuchtung und regelmäßige Abfallentsorgung werden als wichtige psychologische Faktoren für das Wohlbefinden der Menschen in der Gemeinde betrachtet. Die Pflege der Infrastruktur und Sauberkeit einer Gemeinde haben einen direkten Einfluss auf das Wohlbefinden und den Eindruck der Gemeinde auf ihre Bürgerinnen und Bürger. Daher sollen Kommunen diese Aspekte mit größerer Sorgfalt behandeln.

Die Innenstadtentwicklung und Verkehrsoptimierung in Rheinland-Pfalz, insbesondere in Mittelzentren und Großstädten wie Ludwigshafen und Mainz, gewinnen an Bedeutung. Ein bereits initiiertes Sonderprogramm zur Innenstadt-Förderung nach der Pandemie soll nun langfristig etabliert werden. Innenstädte sollen als

attraktive Räume für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Sport und Kultur fungieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Schaffung von Flächen für Jugendliche und Senioren, um deren Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Betrachtung von Innenstadtentwicklung und Verkehr ein. Zudem ist die Bedeutung lebendiger Innenstädte zu betonen.

Es braucht unter anderem attraktive Plätze für Senioren und Jugendliche. Wir fordern zudem eine Förderung von Sport- und Aufenthaltsflächen, gute Erreichbarkeit der Innenstadt, Parkplätze für Senioren, kulturelle Angebote und freies WLAN in der Innenstadt sowie weniger Bürokratie bei Kulturveranstaltungen.

GRAFFITI IM BLICK: GEMEINSAM FÜR LEGALE KUNST

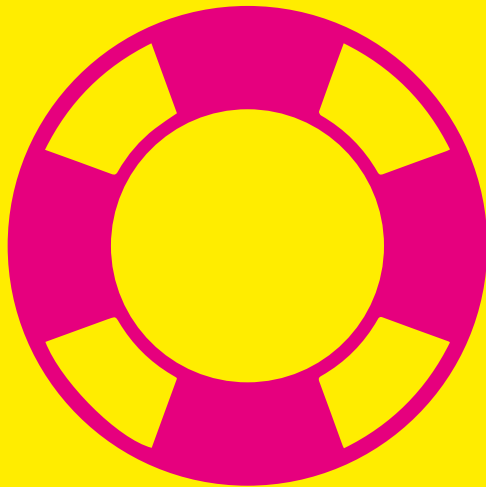
.....

Wir wollen für die urbane Kunstform Graffiti legale Möglichkeiten schaffen und sie in die Kinder- und Jugendarbeit einbinden. Im normalen Straßenbild streben wir zur schnellen Entfernung von reinen Schmierereien in Form von Public-Private-Partnerships an. Wo es möglich ist, finanzieren wir kommunal und privatwirtschaftlich gemeinsam feste Projekte, welche selbstständig ohne weitere Einzelaufforderung entsprechende Schmierereien entfernen. Denn wo ein Schriftzug steht, folgen in kurzen Abständen viele weitere. Eine schnelle und unbürokrati-

sche Beseitigung ist deswegen langwierigen Einzelaktionen vorzuziehen.



Selbstbestimmt in allen Lebenslagen



Wir Freie Demokraten setzen uns entschieden für die Stärkung der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihr Leben, unsere Gesellschaft und die Umwelt ein. Wir möchten sicherstellen, dass die Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort in der Stadt oder auf dem Land, die Möglichkeit haben, ihre Verantwortung auf individuelle Weise wahrzunehmen. Ein lebenswerter und attraktiver Lebensraum in einer Gemeinde erfordert eine gut ausgebaute, intakte Infrastruktur, eine starke, stabile Wirtschaft und vielfältige Bildungs- sowie Kulturangebote. Für uns Freie Demokraten steht die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land im Mittelpunkt unserer Agenda. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger leicht Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten bei Metzgern, Bäckern, Lebensmittelhändlern, Supermärkten, Ärzten und Apothekern haben. Besonders auf dem Land ist eine enge Verknüpfung von wohnortnahen Angeboten und einer verbesserten Vernetzung durch den ÖPNV und eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur von entscheidender Bedeutung. Es bedarf angemessener Räumlichkeiten für Künstler und Vereine sowie attraktiver Grünflächen und Parks, um einen lebendigen und ansprechenden Lebensraum zu schaffen. Zudem braucht es kulturelle Angebote, ein lebendiges Vereinsleben und verschiedene Freizeitmöglichkeiten.

UNBÜROKRATISCHE TEILHABE FÜR ALLE



Wir setzen uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Dies war bisher aufgrund des Widerstands im Landtag nicht möglich. Dennoch sollten Dörfer und Städte innerhalb ihrer Selbstverwaltungsrechte Jugendliche besser einbinden können. Auch außerhalb wahlrechtlicher Vorgaben sollten jugendliche Organisationsformen monetär und mit Selbstbestimmungsrechten unterstützt werden.

Die Teilhabe Jugendlicher bei lokalen Veranstaltungen und Diskussionen, sowie die Einrichtung von Jugendkonferenzen und direkten Befragungen von Jugendlichen sind wünschenswert und sollten gefördert werden. Wir möchten die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die politischen Prozesse auf kommunaler Ebene verbessern. Dafür wollen wir Jugendparlamente und andere Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen konstituieren und einen Vertreter zu den Gremien der Stadt- bzw. Verbandsgemeinderats- und Kreistagssitzungen einladen.

Es ist wichtig, auch Menschen in fortgeschrittenem Lebensalter Mitmachangebote bereitzustellen, da viele nach dem Berufsleben engagiert bleiben wollen. Organisierte Vereine bieten vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten, jedoch kämpfen viele Vereine mit Mitgliederschwund. Ein niederschwelliger ehrenamtlicher Freiwilligen-Service könnte Aufgaben wie Schönheitsreparaturen, den Auf- und

Abbau von Festen und technische Unterstützung bei Veranstaltungen übernehmen. Dies würde bestehende ehrenamtliche Strukturen entlasten.

Teilhabe bedeutet auch, mit verschiedenen Standpunkten zu leben. Die aktuelle Debatte über Klima und Biodiversität verdeutlicht die Herausforderungen unseres Zusammenlebens. Die kommunale Ebene bietet die Chance, den Dialog zwischen ökologischen und landnutzerischen Positionen zu fördern und zu verbessern. Durch lokale Kooperationen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft können maßgeschneiderte Lösungen gefunden werden, die effektiv Natur und Artenvielfalt schützen. Es ist wichtig, Absprachen zur Pflege und Bewirtschaftung der Flächen zu treffen, anstatt überbordende Verbote zu erlassen.

SELBSTBESTIMMT BIS INS HOHE ALTER

.....

Wir sind auf dem Weg zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir werden älter, bunter und weniger. Die Zahl der älteren Bürgerinnen und Bürger steigt. Engagement für und von älteren Menschen sehen wir als eine Bereicherung für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Daher wollen wir die Möglichkeiten für ältere Menschen zum Mitgestalten und Mitentscheiden in der Kommune ausbauen. Wir begrüßen die Entstehung von Mehrgenerationenhäusern und plädieren für eine ausreichende Anzahl von Versorgungs-

Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Besonderes Potenzial sehen wir in der Ausbreitung des Konzepts der Pflegebauernhöfe. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, selbstbestimmt alt zu werden. Wir achten auf eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ebenso wie auf ein vielfältiges Angebot von Freizeitaktivitäten, die auch ältere Menschen ansprechen. In den Kommunen wollen wir für mehr Sicherheit und die Beseitigung von Gefahrenpunkten sorgen und für eine bessere Beleuchtungen von Straßen und Wegen. Verkehrswege sollen barrierefrei sein. Viele möchten im Alter ihre Erfahrung weitergeben und sich in unser Gemeinwesen einbringen. Ihr Engagement für unser Zusammenleben ist ein Gewinn für Alle. Wir unterstützen beispielsweise Projekte wie Nachmittagsbetreuung in Schulen und Kindergärten, Patengroßeltern für Familien oder Berufspatenschaften für Jugendliche beim Berufseinstieg. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten sollten auch durch Freifahrtscheine bei den öffentlichen Verkehrsmitteln unterstützt werden.

SICHERE GESUNDHEITSVERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

.....

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf im Gesundheitswesen, besonders in ländlichen Gebieten. Wir wollen, dass Telemedizin und die Möglichkeit, Befunde per Video zu besprechen, stärker genutzt

werden. Hierbei ist es uns wichtig, die Meinungen der Ärzte und die flächen-deckenden Pflegestützpunkte miteinzu-beziehen. Der Mangel an Hausärzten in abgelegenen Gebieten ist ein ernstes Problem, dem wir im Interesse der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit schenken werden. Mit der Landarztquote – eine Art Überholspur bei der Studienplatzvergabe – setzen wir in Rheinland-Pfalz erste Akzente. Auch kommunale Stipendienprogramme für Medizinstudierende können einen Anreiz bilden.

Wir betonen die entscheidende Bedeutung einer effektiven Notfallversorgung im ländlichen Raum. Dafür sollen unter der Wahrung und Zentrierung von Fachkompetenzen bestehende oder neue Krankenhausstrukturen unterstützt oder ausgebaut werden. Deshalb sehen wir dringenden Reformbedarf und setzen auf eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen für eine umfassende Verbesserung dieses Sektors. Kommunale Gesundheitsämter sollen strukturell, personell und technisch weiterentwickelt werden, um für kommende Pandemien besser gerüstet zu sein. Gerade in ländlichen Regionen ist das Konzept „First Responder“ (Helfer vor Ort) schon in zahlreichen Teilen von Rheinland-Pfalz erfolgreich eingeführt worden. Wir unterstützen vor Ort den weiteren bedarfsgerechten Ausbau.

GEMEINDESCHWESTERN FÜR JEDE KOMMUNE

Die „Gemeindeschwester Plus“ leistet in vielen Regionen von Rheinland-Pfalz wertvolle Arbeit für hochbetagte Menschen, die nicht pflegebedürftig sind. Sie leistet einen wichtigen Beitrag gegen Einsamkeit insbesondere im ländlichen Raum. Eingebunden in den Notruf, ist sie auch in akuten Fällen und bei Nofällen oft als Erste vor Ort. Wir fordern deshalb im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge das Land dazu auf, das Projekt landesweit auszurollen. Wir wollen Gemeindeschwestern in möglichst vielen Kommunen zum Standard machen.

GESUNDHEIT FÖRDERN DURCH NATÜRLICHE RÄUME UND SOZIALE BEGEGNUNG

Es ist besser, Krankheiten vorzubeugen, als sie zu behandeln. Stressfaktoren wie Lärm, Luftverschmutzung, fehlende Rückzugsmöglichkeiten und dauerhafte Lichtemissionen, zusammen mit Bewegungsmangel und ungesunder Ernährung, sind Hauptursachen für viele Krankheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern keine Vorschriften über ihren Lebensstil macht, aber die notwendigen Voraussetzungen für ein gesundes Leben schafft. Dazu gehören der Zugang zu Sport- und Kulturstätten sowie ruhigen Grünanlagen in städtischen und ländlichen Gebieten. Diese bieten Möglichkeiten zur Entspannung, sportlichen

Aktivitäten und Bewegung für alle Altersgruppen. Grünanlagen dienen als Schutz vor Lärm und Luftverschmutzung, während sie auch Räume für Begegnungen und soziale Interaktion bieten. Es braucht öffentliche Begegnungsräume für Integration und das psychische und physische Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger.

SCHWIMMBÄDER ERHALTEN

Wir setzen uns für die Förderung des Schwimmens ein, um Badeunfällen vorzubeugen und die Gesundheit zu verbessern. Regionale Schwimmbäder sollen in erreichbarer Nähe zu Schulen erhalten bleiben und als Pflichtaufgaben im kommunalen Haushalt verankert werden. Schwimmbäder spielen eine wichtige Rolle als Orte der Abkühlung und sportlichen Aktivität, besonders im Zeitalter des Klimawandels. Angesichts des rückläufigen Angebots an Schwimmkursen und -lehrern müssen Maßnahmen ergriffen werden, um allen Kindern das Schwimmen beizubringen. Wir fordern, dass Schwimmbäder nicht geschlossen werden und setzen uns für eine Schwimmquote von 100 % der Kinder ein. Ehrenamtliche Organisationen wie die freiwillige Feuerwehr und die DRLG sollten kostenlosen Zugang zu kommunalen Schwimmbädern erhalten, um ihre wichtige Arbeit zu unterstützen.

NATUR, SPORT UND TOURISMUS GEMEINSAM VERBINDEN

Sport ist unabhängig vom Ort, an dem man ihn ausübt. Dennoch kann die Politik durch Fokussierung und Prioritätensetzung auch in der Natur den Sport fördern. Ausgezeichnete Wander-, Walking- und Radwege müssen noch mehr Raum im Budget des Landes einnehmen. Das fördert neben der Gesundheit auch Einnahmequellen für den Tourismus.

NEUE SPORTARTEN ANERKENNEN UND UNTERSTÜTZEN

Neue Sportarten wie der E-Sport findet immer mehr Anhänger. Viele Jugendeinrichtungen und Sportvereine halten E-Sport-Angebote bereit. Die Anzahl ehrenamtlich aktiver Menschen in diesem Bereich wächst. Wir wollen den E-Sport in Rheinland-Pfalz durch Angebote für Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, schnelleres Internet und wissenschaftliche Evaluation fördern und begleiten. E-Sport kann es darüber hinaus möglich machen, Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenzubringen und so als echtes Inklusionsprojekt zu wirken.

GEMEINSAM GEGEN GEWALT: SCHUTZRÄUME SCHAFFEN

Die Istanbul-Konvention, ein Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, wurde 2017 in Deutschland ratifiziert und ist seit Fe-

bruar 2023 gültig. Sie verpflichtet alle staatlichen Ebenen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffene zu schützen und Prävention zu fördern. Ein zentraler Aspekt ist die Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Wir begrüßen das finanzielle Engagement des Landes und die Bemühungen in der Täterarbeit. Wir fordern den Bund auf, sich an der Regelfinanzierung der genannten Einrichtungen zu beteiligen und ein faires Abrechnungssystem sicherzustellen. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz sollen sich aktiv für den Ausbau der Unterstützungsangebote einsetzen, insbesondere für den Aufbau von Frauenhäusern gemäß den Vorgaben der Istanbul-Konvention. Darüber hinaus sollen sie sich für Wohnraumprojekte einsetzen, die Frauen und Kindern nach ihrem Aufenthalt in Frauenhäusern ein eigenständiges und gewaltfreies Leben ermöglichen. Die Beteiligung an Aufklärungskampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Sensibilisierung für Unterstützungsangebote befürworten wir ebenfalls.

Den rheinland-pfälzischen Kommunen kommt über die Ordnungs- und Gesundheitsbehörden eine besondere Verantwortung im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes zu. Um sich prostituierende Menschen vor einem Abrutschen in den illegalen Bereich, Ausbeutung und gesundheitlichen Risiken zu schützen, sind konsequente Kontrollen nötig. Wir

fordern die Kommunen deshalb dazu auf, in den Behörden entsprechende Kapazitäten zu schaffen.

LOKALE VERSORGUNG STÄRKEN, WEGE VERKÜRZEN, LEBEN BEREICHERN



Im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz müssen Bürgerinnen und Bürger oft andere Orte aufsuchen, um den täglichen Bedarf zu decken. Dies führt zu zusätzlichem Verkehr und Zeitverlust. Insbesondere Senioren und Kinder sind von dieser Situation betroffen, da sie häufig von einem Teil des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind oder Risiken auf sich nehmen müssen, um alltägliche Güter zu besorgen. Hemmnisse für Gewerbeansiedlungen in Dörfern, sei es aus wirtschaftlichen oder bürokratischen Gründen, müssen beseitigt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Anforderungen an Dorfläden zu lockern und innovative Ansätze wie Shop-in-Shop-Konzepte zu prüfen. Dies gilt auch für kleine Gastronomiebetriebe, die als Treffpunkte für Gemeinschaften dienen. Angesichts von Bank- und Postfilialschließungen ist die Sicherstellung der Bargeldversorgung vor Ort von Bedeutung. Lokale Versorgung fördert die gesellschaftliche Teilhabe, schont die Umwelt durch kürzere Wege und macht alternative Fortbewegungsmittel attraktiver, was der Gesundheit zugutekommt.

Verantwortung für die Zukunft: Libérale Klima-, Energie- und Umweltpolitik



Freie Demokraten sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir Freie Demokraten auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen. Die Lösung globaler Umweltprobleme, wie zum Beispiel der Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das Meiste erreicht werden kann. Symbolpolitik ohne echten nachhaltigen Nutzen für die Umwelt, wie z. B. die „Umweltzonen“ in den Großstädten, sollte vermieden werden. Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstsein bringt langfristig häufig mehr als eine reine Verbotspolitik. Die Raum- und Verkehrsplanung sollte an wege- und energiesparender Mobilität ausgerichtet werden. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen ein breites Informations- und Beratungsangebot über Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Energiekostensenkung, müssen jedoch nicht am Gängelband starrer Vorschriften gehalten werden. Wir setzen uns für wirtschaftlich vertretbare und zuverlässige Versorgung mit regenerativer Energie und einen zügigen Ausbau von Hochspannungsnetzen und Speicherkapazitäten ein. Gleichzeitig fördern wir den Wettbewerb auf dem Strommarkt durch Umsetzung einer vollständigen eigentumsrechtlichen Trennung von Produk-

tion, Netz und Vertrieb. Dabei bevorzugen wir genossenschaftlich organisierte Initiativen. Für die Nutzung regenerativer Energiequellen ist die Akzeptanz vor Ort entscheidend. Wir wollen mit Augenmaß und im Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern den Ausbau von Windenergie, Biogas usw. vorantreiben. Wir wollen einen wettbewerbsfähigen Energiepreis für alle Marktteilnehmer ermöglichen, um damit Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zu gewährleisten. Wir streben danach, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Institutionen in Bund, Land und Kommune sowie Vereinen und Organisationen Freiräume zu schaffen, um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Wo die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, ermöglichen wir die Nutzung und den regionalen Einsatz von Erdwärme, Photovoltaik, Windkraft, Biogas und Wasserkraft. Dringend notwendige Ergänzungen sehen wir in passenden Stromspeichern auf regionaler und lokaler Ebene, nicht nur in elektrischen, sondern auch in chemischen und thermischen. Wir fordern, die Einrichtung solcher Energieerzeugungs- und Speicherlösungen dort zu unterstützen, wo es sinnvoll ist.

KLIMAAANPASSUNG IN AKTION

Klimaanpassung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe, das hat uns nicht zuletzt die Flut an der Ahr schmerzlich vor Augen geführt. Wasser bei Starkregenereignissen soll durch Wasserrückhaltebecken

aufgefangen und zurückgehalten werden. Dadurch wird starke Erosion von landwirtschaftlichen Flächen verringert und wertvoller und fruchtbarer Boden erhalten. Die Niederschläge im Winter und bei Starkregen sollen gezielt zum Versickern gebracht werden. Neue Pflanzen, deren Anbau für wärmeres Klima geeignet ist, sollen gefördert werden.

In Bezug auf Düngung sollten die Orte für (Nitrat-)Messstationen auf landwirtschaftliche Relevanz überprüft und ausgedehnt werden. Dadurch erhält man ein genaueres Bild von der tatsächlichen Belastung der Böden. Wir wollen, dass die landwirtschaftlichen Kulturen bedarfsgerecht gedüngt werden können und Kosten für die Allgemeinheit aufgrund unsachgemäßer Düngung verhindert werden.

HOCHWASSERSCHUTZ FÜR MORGEN: NACHHALTIGKEIT UND VORSORGE IM FOKUS

Wir Freie Demokraten wollen, dass die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme landesweit fortgesetzt werden. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen ein, die örtlich begrenzt erforderlich werden können. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden; zu prüfen sind

erforderliche Erweiterungen und die Vermeidung von Flächenversiegelung in den angrenzenden Gebieten.

GEMEINSAM DIE RESSOURCEN VON MORGEN SCHONEN

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer umwelt- und wirtschaftsfreundlichen Kreislaufwirtschaft, um weltweite Ressourcen zu schonen. Recycling und Müllminimierung stehen bei uns im Mittelpunkt, um langfristig unabhängiger von kritischen Lieferketten zu sein und wirtschaftlich widerstandsfähiger zu werden. Wir setzen uns für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein, bei der Vermeidung und Verwertung Vorrang vor der Beseitigung haben. Wir wollen den technischen Standard weiter ausbauen und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen nutzen. Auch die lokale Wiederverwertung von Baumaterialien ist für uns ein wichtiger Aspekt, um den CO₂-Ausstoß durch die Produktion neuer Baumaterialien zu reduzieren. Wir fördern nachhaltige bioökonomische Zuchtanlagen, um schon heute die Grundlage für eine resiliente, umweltschonende Wirtschaft von morgen zu schaffen. Die Organisation von kommunalen Strukturen in Bezug auf ihren Ressourcenbedarf auf lokaler Ebene reduziert den Aufwand für Verkehr, Warentransport und Lagerung und hilft, wichtige Rohstoffe vor Ort zu erhalten. Deutschland, als Land mit begrenzten Bodenschätzen, ist darauf an-

gewiesen, effektiv mit den vorhandenen und importierten Ressourcen umzugehen, besonders angesichts steigender weltweiter Rohstoffpreise.

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG IST VIELFÄLTIGE WÄRME UND LOKALE STÄRKE

Die Kommunale Wärmeplanung ist eine Pionieraufgabe. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Zusammenarbeit aller Akteure ein. Alle Optionen müssen technologieoffen gesammelt und bewertet werden, um früh Planungssicherheit zu erreichen. Kommunale Wärmeplanung darf sich nicht alleine auf den Ausbau eines Fernwärmenetzes beschränken. Wir möchten alle lokalen Ressourcen optimal nutzen, auch durch Quartierslösungen oder Nahwärmenetze. Dies hilft nicht nur dem Klima, sondern beugt auch politischen Abhängigkeiten vor. Die Nutzung erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wasserkraft, Photovoltaik und Windkraft stehen im Fokus. Dazu gehört die oberflächennahe Geothermie. Jede Freifläche, vom Schulhof bis zur Straße, bietet dazu die Chance, über kalte Nahwärme Energie aus dem Boden zu gewinnen. Wir betonen die Bedeutung von Stromspeichern und den Erhalt kommunaler Gasnetze für die sukzessive Umstellung auf regenerativ erzeugte Gase als Brenn- und Rohstoff. Dabei sollen bürokratische Hemmnisse abgebaut und verschiedene Energienetze und neue Organisationsformen wie Energiegenossenschaften geför-

dert werden. Ein verpflichtender Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen ist für sie wichtig, ebenso die Unterstützung von Kleinspeichern. Wir setzen auf Wettbewerb und überzeugende Angebote statt auf Anschlusszwang. Es ist entscheidend, die aktuellen technologischen Entwicklungen im Blick zu behalten und zukunftsfähige Technologien zu fördern. Wir betonen, dass viele kleine Maßnahmen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden gemeinsam einen entscheidenden Beitrag zur Klimaneutralität und Resilienz der Gesellschaft leisten können.

SOLARANLAGEN AUF ÖFFENTLICHEN GEBÄUDEN

Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien. Das beginnt vor Ort. Unser Ziel ist der schnelle Ausbau von Photovoltaikanlagen auf allen öffentlichen Gebäuden, bei denen es physikalisch sinnvoll und unter Berücksichtigung des repräsentativen Charakters möglich ist.

WEITERE AUSWEISUNG VON FLÄCHEN FÜR WINDRÄDER

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine schnelle Ausweisung von Flächen für Windenergie ein, damit das 2,2 %-Ziel des Landes zügig erreicht wird. Die Ausweisung von Flächen für Windenergie in Rheinland-Pfalz führt nicht nur zu effizientem Klimaschutz, sondern auch zur Stärkung der Wirtschaft vor Ort. Die

Akzeptanz in den Kommunen ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher setzen wir uns für Möglichkeiten ein, Bürgerinnen und Bürger vor Ort finanziell von Windrädern profitieren zu lassen.

NACHHALTIGE STADT- ENTWICKLUNG, GESUNDE LUFT UND KLIMAFESTE STÄDTE

.....

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine verstärkte Begrünung von Städten und Gemeinden ein, um den Herausforderungen des Klimawandels entgegenzuwirken. Dies umfasst mehr Bäume, Grünflächen an Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen sowie eine Reduzierung von Flächenversiegelung. Durch diese Maßnahmen sollen Feinstaub, Hitze und Treibhausgase reduziert sowie der Schutz vor Extremwetterereignissen verbessert werden. Bebaute Grundstücke sollen zusammen mit ihren Grünflächen in Bezug auf CO₂ bilanziert werden, um die Schaffung von CO₂-Senken zu fördern. Die Förderung von Stadtgrün trägt zur Steigerung der Lebensqualität und des Umweltbewusstseins bei. Grünflächen sind besonders für Kinder, Familien und ältere Menschen von Bedeutung. Wir fordern, dass Stadtplanung auch Grünplanung beinhaltet, und setzen uns für ausgewogene Konzepte von Flächenversiegelung und Grünplanung ein. Private Grünflächen sollen in diese Planungen einbezogen und Regelungen zur Förderung von privaten Grünflächen überdacht und angepasst werden. Baumschutz-

satzungen sollten überdacht werden, da durch diese jungen Bäume vorzeitig gefällt werden, weil sie wenige Jahre später unter den Schutz der Erhaltungssatzung gestellt werden. Gleiches gilt für die Begrünung von Gebäudewänden und Dächern, die auch dort Pflanzenbewuchs ermöglichen, wo die Bodenfläche anderweitig genutzt wird. Eine Kombination von Photovoltaikanlagen mit Dachbegrünung sowie Solarthermieanlagen zur Heizungsunterstützung sollten zum Zweck der erhöhten Energieausbeute bevorzugt werden.

SCHNELL UND EFFIZIENT GEGEN MÜLL

.....

Für die Meldung wilden Sperrmülls oder anderer illegaler Entsorgung zu Lasten der Allgemeinheit wollen wir eine unkomplizierte digitale Meldemöglichkeit schaffen oder ausbauen. Wir als Freie Demokraten streben eine zeitnahe Entfernung an, damit sich solche Müllablagen nicht verstetigen und weiterer Müll abgeladen wird. Für das Vermüllen von öffentlichen Grünanlagen oder der Natur sind mündliche Verwarnungen nicht ausreichend. Es muss null Toleranz gelten. Wo einmal Müll liegt, landet unmittelbar weiterer Müll. Dies muss aus Sicht von uns Freien Demokraten konsequent unterbunden werden. Die gesetzlichen Ermessensspielräume für Bußgelder in diesem Bereich sind auszureizen.

URBAN GARDENING FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT UND UMWELTSCHUTZ

Durch Patenschaften in Form von mehrjährigen Pachtverträgen ohne Kostenanteil ermöglichen wir Freien Demokraten Urban-Gardening-Projekte der Bürgerinnen und Bürger. Ungenutzte oder sogar brachliegende Grünflächen in Städten können so sinnvoll genutzt werden. Mit einem absoluten Minimum an Auflagen ermöglicht dies interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilhabe an der Gestaltung des Stadtbildes, erhöht die Lebensqualität und kann einen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten.

Freie Demokraten

Landesverband
Rheinland-Pfalz **FDP**

Am 9. Juni Freie Demokraten wählen!



[/fdprlp](https://www.facebook.com/fdprlp)



[/fdp_rlp](https://www.instagram.com/fdp_rlp)

www.fdp-rlp.de